

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Krankenhausfinanzierung: Quasikapitalistische Fallpauschalen und planwirtschaftlicher Budgetdeckel benachteiligen kommunale Kliniken – S. 4*
- *Parteitag der Linken: Erfolgsgeschichte mit Perspektive – S. 7*
- *Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: CDU und SPD abgestraft, die Kleinen legen zu, und Die Linke ist da! – S. 12*
- *Forschungsprogramm zu gewerkschaftlichen Organisationskonzepten: „Strategic Unionism“ – S. 16*
- *Der Buddhismus – eine Religion für den Westen? – S. 21*

Ausgabe Nr. 6 am 5. Juni 2008, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT VIERWÖCHENTLICH

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabo kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 1 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

☐ Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Europa: Bewegung bei Leiharbeit

rog. Nach einem Jahr Pause haben die europäischen Arbeits- und Sozialminister erneut die beiden seit Jahren blockierten Richtlinienentwürfe zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern und zur Arbeitszeit auf ihre Tagesordnung gesetzt. Auf dem Gipfel am 9. Juni in Luxemburg soll ein Kompromiss im Paket gesucht werden. Dies war vor einem Jahr schon unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft versucht worden. Zwei Vorgänge im Bereich Leiharbeit könnten jetzt jedoch positive auf die Diskussion wirken. Erstens ist in Großbritannien zwischen dem Gewerkschaftsdachverband (TUC) und dem zentralen Arbeitgeberverband (CBI) ein Abkommen zur Leiharbeit vereinbart worden, dass von der britischen Regierung am 20. Mai gebilligt wurde. Darin ist unter anderem festgelegt, dass Leiharbeiter grundsätzlich spätestens nach 12 Wochen die gleichen Rechte haben sollen, wie die Stammbeschäftigten. Damit dürfte die Kompromissbereitschaft eines der, neben der Bundesrepublik, stärksten Hardliner gegen die Gleichbehandlung von Leiharbeitern gewachsen sein. Zweitens wurde auf europäischer Ebene eine gemeinsame Erklärung von UNI-europe (Europäische Dienstleistungs- und Mediengewerkschaft) und eurociett (größter europäischer Ver-

band der Leiharbeitsunternehmen) verabschiedet. Am 28. Mai wurde diese veröffentlicht. Sie bezieht sich auf die ILO-Konventionen zu Leiharbeit und fordert die Gleichbehandlung bezüglich der grundlegenden Arbeitsbedingungen von Tag eins, mit folgenden Ausnahmen: eine zwischen den Sozialpartnern oder einem tripartistischen Gremium vereinbarten Einarbeitungszeit; durch Tarifverträge; falls ein angemessener und kontinuierlicher Lohn beim Verleiher auch für die Phasen ohne Einsatz gezahlt wird. In dem Papier wird auch gefordert, administrative und rechtliche Einschränkungen der Leiharbeit zu erfassen und, „wo angemessen“, zu beseitigen. Allerdings wird auch die Notwendigkeit von Restriktionen anerkannt, um Missbrauch zu verhindern.

Maschinenbau hofft auf weitere Russland-Geschäfte

Berliner Zeitung, 30.5., rül. Der Bundesverband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) hofft auf ein weiteres Wachsen des Russland-Geschäfts. 2007 seien die deutschen Exporte von Maschinen und Anlagen nach Russland um 23,5% gestiegen, mit einem Anteil von 25% an den Importen seien deutsche Maschinenbauunternehmen schon heute die größten Lieferanten für den russischen Markt, teilte



In zahlreichen Städten fanden am 31. Mai Demonstrationen und Kundgebungen im Rahmen des bundesweiten Aktionstages „Freiheit statt Angst“ statt. Allein in München beteiligten sich 2.500 Menschen, 1000 waren es den Veranstaltern zufolge in Frankfurt, 500 in Hamburg (Bild), 400 in Bielefeld. Neben der Kritik an der ausufernden Überwachung durch staatliche Institutionen und private Firmen stand in Hamburg die „elektronische Gesundheitskarte“ im Zentrum, die „Vorratsdatenspeicherung in der Medizin“. Diese e-Card soll ab 2009 die bisherige Versichertenkarte ersetzen. Mit ihr als Schlüssel sollen alle Krankheitsdaten bundesweit nicht mehr unter der ärztlichen Schweigepflicht stehen, sondern in Zentralservern außerhalb der Arztpraxen gespeichert werden. Der Widerstand gegen die Einführung dieser elektronischen Gesundheitskarte wächst, jüngst erst hat der Deutsche Ärztetag in Ulm sie abgelehnt, und auch die Deutsche AIDS-Hilfe gehört inzwischen zu denen, die den Stopp des Milliardenprojektes e-Card fordern.

scc

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

der Verband mit. Bis 2015 rechnet der Verband mit weiteren Zuwächsen beim Maschinenexport nach Russland um jährlich durchschnittlich 12%. Damit werde der russische Markt zu den drei bis vier wichtigsten Abnehmern für deutsche Maschinen weltweit. Gleichzeitig gab der Verband bekannt, 2007 sei die Beschäftigtenzahl im deutschen Maschinenbau auf 935.000 Personen gestiegen. In den Jahren 1997 bis 2002 waren in der Branche im Schnitt etwa 900.000 Menschen beschäftigt gewesen. 2005 war die Zahl der Beschäftigten auf ein Rekordtief von 860.000 Personen gefallen.

EEG-Novelle, Ökostrom-Branche erleichtert

Handelsblatt, 31.5., rül. SPD und CDU/CSU haben sich am 30. Mai auf eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) geeinigt. Im Vorfeld hatten Teile der CDU/CSU eine Senkung der Fördermittel für Solarstrom um 30% verlangt. Diese Forderung ist nun nach Gegenwehr der SPD, aus der Solarwirtschaft und auch von Unionspolitikern aus den neuen Ländern, in denen viele Solarbetriebe ihre Fertigungsstätten haben, vom Tisch. 2009 und 2010 soll die Förderung für Solarstrom aus Dachanlagen jährlich um 8% gesenkt werden, 2011 um 9%. Nur für größere Solarstromanlagen wird die Förderung stärker zurückgefahren. Die Solarbranche, in der zur Zeit ca. 40.000 Menschen beschäftigt sind, erklärte nach der Einigung, damit könne sie leben. Die Fördersatzes für Strom aus Windkraft werden dagegen erhöht, insbesondere für die in Nordsee und Ostsee geplanten Offshore-Anlagen. Auf Drängen insbesondere der CSU wird auch die Förderung für Strom aus Wasserkraft und für Strom aus Biomasse erhöht. Bis 2020 soll dadurch der Anteil von sog. „Ökostrom“ an der gesamten deutschen Stromerzeugung auf 30 Prozent steigen. Der größte Zuwachs soll dabei auf die „Offshore“-Windkraftwerke entfallen. In der ersten Juni-Woche soll die EEG-Novelle jetzt im Bundestag beschlossen werden.

Kurdische Medien im Visier der Strafverfolgungsbehörden

Azadi, 7.5. alk. Auf Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln wurden am 7. Mai in den frühen Morgenstunden die Studioräume des in Wuppertal ansässigen kurdischen Fernsehsenders Roj TV, der Produktionsfirma Viko sowie die Privatwohnungen aller Mitarbeiter/innen durchsucht. Beschlagnahmt wurden bei dieser Polizeiaktion Computer, CDs und Unterlagen der TV-Produktionsfirma Viko. Azadi, Rechtshilfefonds für Kurden in der BRD, protestiert. Die Durchsuchungen zielten

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Gründung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, der die „Politischen Berichte“ herausgibt, nähert sich ihrem Abschluss. Die Eintragung ins Vereinsregister steht bevor und ein Vereinskonto ist jetzt eingerichtet.

Wie wir im Dezember in dieser Zeitschrift und in der Beilage „Ergebnisse und Materialien“ bereits bekannt gegeben haben, endet mit der Gründung des Vereins die Tätigkeit des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Wir bitten daher alle diejenigen Leserinnen und Leser, die bisher die „Politischen Berichte“ und die Jahrestagungen des Forums mit Zuschüssen an die Trägerorganisationen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften gefördert haben, diesen Betrag ab 1. Juli als Beitrag an den Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation zu überweisen und ihre Mitgliedschaft im Verein beim Vorstand des Vereins anzumelden.

Meldung der Mitgliedschaft im „Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ bei:

Jörg Detjen, c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Telefon: 0221/211658, Email: gnn-koeln@netcologne.de

Beitragszahlungen bitte ab 1. Juli an:

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation
Konto Nr. 131 122 602 bei der Postbank, BLZ 500 100 60

Rüdiger Lötzer, Schatzmeister des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

darauf ab, die kurdischen Medien zu zerschlagen, um eine kritische Berichterstattung über die eskalierende Situation in der Türkei und im Nordirak gegen die kurdische Bevölkerung unmöglich zu machen.

Polen: „Washington trägt die Verantwortung dafür, falls die Verhandlungen scheitern“

huh. Die seit 2007 geführten Verhandlungen zwischen der US-Regierung und der polnischen Regierung bzw. der tschechischen Regierung über den Aufbau eines Raketen-Abwehrschirms haben mittlerweile einen sehr unterschiedlichen Zwischenstand erreicht. Für Polen stand zunächst die Einrichtung von Stellungen für insgesamt zehn US-Abfangraketen in Nordwestpolen zur Debatte. Für Tschechien ging bzw. geht es um die dazugehörige Radarstation. Zu dieser Radarstation haben nun Anfang Mai 2008 beide Seiten einen Grundsatzvertrag geschlossen, der im Juni unterzeichnet werden soll. „Die Chefin der Abteilung für Sicherheitspolitik im Prager Außenministerium, Veronika Kuchynova-Smigolova, sagte dazu, die tschechische Seite werde durch den Vertrag die Möglichkeit gewinnen, die Programmierung des Raketenabwehrsystems so zu beeinflussen, dass Tschechien vorrangig geschützt werde. ‚Wir können so eine bessere Sicherheit als die meisten anderen europäischen Länder erlangen.‘ Derartige Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten haben ih-

ren Angaben zufolge in Europa bisher nur Großbritannien und Dänemark.“ (derStandard.at – 15.5.2008)

Demgegenüber sind die Verhandlungen zwischen Polen und den USA in den vergangenen Wochen offenkundig in eine Sackgasse geraten. Die amerikanische Seite sieht sich außerstande, den Forderungen der anderen Seite weitgehend Rechnung zu tragen, und sucht bereits nach Alternativen. Die jetzige polnische Regierung hatte von der Bush-Administration – als Gegenleistung für ihre Zustimmung zur Stationierung der US-Raketen auf ihrem Territorium – die vollständige Modernisierung ihrer Luftstreitkräfte sowie die Zurverfügungstellung eines modernen Flugabwehrsystems gefordert. Diese Forderung hält sie insbesondere im Hinblick auf ihre bisherige vorbehaltlose Unterstützung der USA im Irak und in Afghanistan (durch eigene Truppenkontingente) nicht nur für absolut gerechtfertigt. Sondern für sie stellt sich diese Sache – laut polnischem Außenminister R. Sikorski – mittlerweile auch als „die wichtigste Prinzipienfrage im Verhältnis [der beiden Staaten] zueinander“ dar. (International Herald Tribune / eigene Übers. – 7.5.2008)

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 3. Juli.
Redaktionsschlussstermin: 27. Juni.
Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7 bis 12 Uhr.

Quasikapitalistische Fallpauschalen und planwirtschaftlicher Budgetdeckel benachteiligen kommunale Krankenhäuser

Der folgende Aufsatz basiert auf verschiedenen Vorträgen, die Michael Wendl, bis zum vergangenen Jahr stellvertretender Landesvorsitzender von Verdi Bayern, zum Thema Krankenhausfinanzierung gehalten hat. Michael Wendl beschäftigt sich mit dem komplexen Zusammenspiel von ökonomischen und politischen Vorgaben für das Krankenhauswesen. Das Problem der kommunalen Krankenhäuser sieht er in dem politisch gewollten Zwang zum betriebswirtschaftlich effizienteren Führen durch Fallpauschalen und Deckelung der Budgets einerseits und andererseits der tradierten Stellung der Chefärzte sowie der Weigerung vieler Bundesländer ausreichend zu investieren. Dadurch geraten die öffentlichen Kliniken ins Hintertreffen gegenüber den privaten, die mit der Kombination von Investitionen in Technik und Bauten und moderner Betriebsführung Konkurrenzvorteile herausholen können. Michael Wendl macht Vorschläge zum politischen und gewerkschaftlichen Handeln in dieser komplexen Situation.

Alfred Küstler

Nach den Tarifabschlüssen mit Bund und Kommunen ist die Frage der Budgetierung der Krankenhauserlöse, genauer der Begriff des „Budgetdeckels“ in die politische Diskussion geraten. Allein das markiert einen wesentlichen Fortschritt, bisher waren die Verfahren der Krankenhausfinanzierung nur einem kleinen Kreis von Experten bekannt, die große Mehrheit sowohl der kommunalen politischen Akteure, aber auch die betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertreter haben dieses Thema eher verdrängt. Deshalb geht es zunächst um das Erklären dieser politisch-ökonomischen Zusammenhänge und Verfahren der Finanzierung der Krankenhäuser.

Finanzierung durch Fallpauschalen (DRGs)

Die „Diagnosis related groups“ (DRGs) sind diagnoseabhängige Fallpauschalen für im Durchschnitt rund 80 Prozent (zum Teil auch mehr) der Krankenhausleistungen. Sie bestehen aus einer Bewertungsrelation (auch Schweregrad genannt) für bestimmte Diagnosen, die dann mit einem krankenhausspezifischen Basisfallwert multipliziert werden. Der Durchschnitt aller Bewertungsrelationen beträgt 1,0, sie variieren in einer Bandbreite von deutlich unter 1 bis über 30. Diese Werte werden durch die Verweildauer modifiziert und mit einem Eurowert von zwischen 2300 und über 3000 (das ist der Krankenhausbasisfallwert) multipliziert. Diese Rechnung ergibt dann, vereinfacht gesagt, den Preis der entsprechenden Krankenhausleistung, wie er von den Kassen erstattet wird. Die krankenhausspezifischen Basisfallwerte sind empirische Größen, die sich aus der Durchschnittsberechnung aller über DRGs abrechenbaren Krankenhaussfälle ergeben. Sie basieren auf Erhebungen der Jahre 2001 und 2002 in einem Kreis von rund 250 Krankenhäusern, die nach streng sozial-

wissenschaftlichen Standards nicht repräsentativ waren (große kommunale Krankenhäuser der Maximalversorgung waren unterrepräsentiert, Universitätskliniken wurden nicht erfasst: die kleinen Krankenhäuser mit niedrigen Basisfallwerten waren daher zu stark, die großen mit entsprechend höheren Fallwerten zu schwach vertreten.)

Inzwischen werden diese DRGs in Form der Bewertungsrelationen weiter entwickelt, die Kosten und entsprechenden Leistungen eines Kreises von mehr als 320 Krankenhäusern werden dem Bundesinstitut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) zur Verfügung gestellt, methodisch bereinigt und zu ggf. veränderten Bewertungsrelationen weiterentwickelt.

Darüberhinaus wird den Kliniken ein einheitliches, auf Durchschnittsgrößen basierendes Produktionskostensystem verordnet, das diese zu berücksichtigen haben, da diesen Produktionskosten entsprechende Preise als Erlöse aus DRGs gegenüberstehen.

Dieser Prozess findet in einer fünfjährigen Phase der Anpassung der Krankenhauserlöse und der Krankenhausbasisfallwerte an einen auf Landesebene einheitlichen Basisfallwert statt. In dieser Phase werden die das Budget des Vorjahres übersteigenden Mehrerlöse nur zum Teil refinanziert, während die Mindererlöse zum Teil ausgeglichen werden.

Vor der Bewertung der Mehr- bzw. Mindererlöse wird die Entwicklung des Krankenhausbudgets gegenüber dem Vorjahr „gedeckelt“ und zwar um den Steigerungssatz der sog. Grundlohnsomme, das sind die Einkommen eines Jahres, genauer von zwei Halbjahren, aus denen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden.

Hinter diesem Verfahren steht der Grundgedanke der Beitragssatzstabilität, d.h. die Krankenhausaufgaben sollen nicht stärker steigen als die

Einnahmen der Krankenkassen bei stabilen, d.h. gleichbleibenden Beitragssätzen. Aus gesellschaftlichen Gründen – Alterungsprozess der Bevölkerung, Fortschritte in den Verfahren und Techniken der Medizin – steigen zwar die Fallzahlen und auch die Kosten bestimmter Fälle mit neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden und damit insgesamt die Kosten der medizinischen Versorgung – ein makroökonomisch gesehen durchweg positiver Prozess – aber dieser Zusammenhang wird in das ideologische Korsett steigender „Lohnnebenkosten“ gezwängt und daher zu blockieren versucht. Deshalb der „Budgetdeckel“.

Zwar wird in den „reifen“ Industriegesellschaften die Gesundheitswirtschaft überwiegend als wichtiger Wachstumsmotor gesehen, aber kennzeichnend für die deutsche Industriegesellschaft ist offensichtlich die parteienübergreifende und auch in den Gewerkschaften durchaus populäre Sichtweise, dass dieses ökonomisch durchaus sinnvolle Wachstum nicht über steigende Arbeitskosten finanziert werden darf. Zum politischen Vorreiter dieser Wachstumsblockade gegenüber der Gesundheitswirtschaft sind inzwischen in erster Linie SPD und die gesetzlichen Krankenkassen geworden, einmal weil sie Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge als sog. Lohnnebenkosten in einer nahezu hysterischen Weise dämonisiert haben, andererseits aber Zuzahlungen der Versicherten für medizinische Dienstleistungen grundsätzlich ablehnen, weil damit der Weg in eine – längst bestehende – Zwei-Klassen-Medizin eröffnet würde.

Die politische Regulierung des Krankenhausssektors

Wir haben es hier mit einem komplizierten Prozess zu tun. Einmal haben wir auf der einzelwirtschaftlichen Ebene der einzelnen Krankenhäuser eine Preisbildung über durchschnittliche Produktionskosten der gesamten Branche, d.h. das Krankenhaus bekommt über die DRGs nicht seine krankenhausspezifischen Produktionskosten erstattet, sondern eine schrittweise Annäherung an die durchschnittlichen Produktionskosten der gesamten Branche. Das ist der polit-ökonomische Kern der sog. Konvergenzphase. Am Ende dieser Phase soll jedes Krankenhaus für vergleichbare Leistungen gleiche Preise erhalten, egal wie hoch die krankenhausspezifischen Produktionskosten sind. Krankenhäuser mit höheren Produktionskosten haben sich in diesem Prozess anzupassen, auch um den Preis des Untergangs, d.h. der Schließung oder Privatisierung. Dabei müssen wir idealtypisch zwei Fallgestaltungen unterscheiden: die „Konvergenzverlierer“ und die „Kon-

vergenzgewinner“. Die ersten sind mit relativ niedrigen krankenhausspezifischen Basisfallwerten in die Konvergenzphase gestartet und bekommen Jahr für Jahr bei gleichbleibenden Bedingungen einen höheren Basisfallwert und damit höhere Erlöse. In der Regel sind das die kleineren Krankenhäuser mit einem geringeren Leistungsspektrum. Zunächst hatten diese darüber einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den größeren Krankenhäusern mit einem überdurchschnittlichen Basisfallwert. Das kann aber anders laufen, wenn ihre Fallzahlen und die Bewertungsrelationen ihrer Diagnosen zurückgehen, dann steigen ihre durchschnittlichen Produktionskosten und ihr Basisfallwert, aber ohne Mengeneffekt bringt das nichts oder nur wenig.

„Konvergenzgewinner“ sind nur dann ökonomische Gewinner, wenn sie ihre Fallzahlen steigern oder mindestens stabil halten und den Durchschnitt ihrer Bewertungsrelationen (den sog. Case-Mix-Index: CMI) halten können. „Konvergenzverlierer“ müssen über steigenden Fallzahlen und einen steigenden Case-Mix-Index ihre durchschnittlichen Produktionskosten pro Fall und damit ihren Basisfallwert absenken, um ohne Erlösausfälle auf einen niedrigeren gemeinsamen Basisfallwert zu kommen. Im hinter diesem Prozess stehenden relativ einfachen theoretischen Modell findet in der Konvergenzphase ein Produktionskostenwettbewerb statt, der als Resultat ein deutsches Durchschnittskrankenhaus mit annähernd gleichen Produktionskosten erzeugt. Die Krankenhäuser der höheren Versorgungstufen haben dabei einen höheren Case-Mix-Index (also mehr oder minder deutlich über 1), der die aus dem höheren Grad der Versorgung resultierenden Mehrkosten ausgleichen soll, während die Krankenhäuser der unteren Versorgungstufen wirtschaftlich mit einem CMI unter 1 gut leben können.

Dieses Krankenhaus gibt es nur als ideologisches Konstrukt oder als statistisches Kunstmodell. Die wirklichen Krankenhäuser liegen in sozial und ökonomisch unterschiedlichen Regionen mit unterschiedlichen Lebenshaltungen, haben unterschiedliche bauliche und räumliche Ausstattungen, ihre Investitionsfähigkeiten sind durch krass differierende Haushalte der Bundesländer mehr oder minder stark limitiert.

Einerseits wird in diesem Modell auf der einzelwirtschaftlichen Seite eine Kostenwettbewerb in Richtung Personal- und Sachkostensenkung erzwungen, also eine Wettbewerbsordnung politisch durchgesetzt, andererseits werden in der Konvergenzphase die Wett-

bewerbs-effekte durch die Einschränkung der auf Fallzahlensteigerungen basierenden Mehrerlöse wieder eingeschränkt – wir haben dann im besten Fall bei rentabel arbeitenden Krankenhäusern sinkende „Stückgewinne“ bzw. bei den anderen Kliniken „Stückverluste“ für die zusätzlichen Fälle. Das Wachstum durch Mengeneffekte und durch besseren Skalenertrag¹ wird aber durch den „Budgetdeckel“ zusätzlich blockiert. Der krankenhausspezifische Basisfallwert sinkt zwar und nähert sich dem anzustrebenden Landesbasisfallwert, aber insgesamt bleibt das Krankenhaus defizitär.

Zugleich werden die notwendigen Investitionen der Krankenhäuser grundsätzlich noch durch öffentliche Fördermittel – also nicht über die DRGs – finanziert. Das verstärkt die ungleiche Entwicklung zwischen den Krankenhäusern: Wirtschaftlich



Verdi-Vertrauensleute des Klinikums Stuttgart beim Besuch des Ministerpräsidenten Oettinger.

erfolgreiche Kliniken finanzieren einen größeren Teil der Investitionen aus eigener Finanzkraft, also aus dem „Cash Flow“. Das geht dann, wenn sie krankenhausspezifisch niedrigere Produktionskosten als die branchenüblichen Produktionskosten – die über DRGs abgegolten werden – haben, oder wenn der Krankenhausträger zu einer marktfähigen Eigenkapitalausstattung in der Lage ist, die es dann ermöglicht, Investitionen zusätzlich zu den unzureichenden öffentlichen Fördermitteln zu finanzieren.

Das Finanzierungsmodell über DRGs zwingt die Krankenhäuser dazu, dass sie wie kapitalistische Unternehmen agieren: Ihre Produktionskosten müssen signifikant niedriger sein als die Erlöse, die wiederum ein Abbild der durchschnittlichen Produktionskos-

1) Als Skaleneffekt (Skalenertrag, Größensparnis, Economies of Scale) definiert man in der Produktionstheorie der Betriebswirtschaftslehre und in der Mikroökonomie die Abhängigkeit der Produktionsmenge von der Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren. Positive Skaleneffekte sind also Vorteile aus der Arbeitsteilung (bei größeren Einheiten lassen sich Prozesse in einfachere Tätigkeiten zerlegen), Verteilung der Fixkosten auf größere Mengen, Verwendung größerer Produktionsmittel, bessere Planbarkeit, zentralisierter Einkauf, Lagerhaltung usw.

ten der Branche sind. Aus der Differenz müssen die Investitionen getätigt werden, die es ermöglichen, zu den Produktionsbedingungen zu arbeiten, die von den „Marktführern“ vorgegeben werden. Dabei ist der Begriff „Markt“ eher irreführend, weil es nicht um Marktmacht geht, sondern um Skaleneffekte. Es werden sich in der mittleren Frist die Krankenhäuser durchsetzen, die in dem vom InEK weiterentwickelten System der Fortschreibung der Bewertungsrelationen unterdurchschnittliche Kosten pro Fall haben. Diese erzielen bei den DRG-Erlösen einen „Extragewinn“ und können daraus Investitionen finanzieren, die im DRG-System bei den Produktionskosten nicht enthalten sind, weil diese über die Länderhaushalte finanziert werden sollen, aber zum großen Teil nicht zur Verfügung gestellt werden. Anders als auf einem kapitalistischen

Markt können diese leistungsfähigen Krankenhäuser Mengeneffekte aber nur unzureichend nutzen, weil sie diese nur zu einem Bruchteil von den Krankenkassen erstattet erhalten. Dadurch steigen die Anreize zu noch größeren Mengeneffekten und zur Verdrängung der unzureichend leistungsfähigen Krankenhäuser vom Markt. Diese aber werden wieder geschützt durch Mindererlösausgleiche und in der Regel steigende Basisfallwerte in der Konvergenzphase.

Das gesamte System ist hybrid: Es gibt einerseits einen Produktionskostenwettbewerb, andererseits aber keinen oder nur einen sehr schwachen Marktwettbewerb. Das gesamte Krankenhaussystem wird zur Rationalisierung der Leistungsproduktion gezwungen, die notwendigen Wachstumseffekte durch die demografische Entwicklung und den medizinischen Fortschritt aber werden „rationiert“, das heißt nur in kleinen Dosierungen zugelassen. Zugleich bleiben sie den finanzstarken Krankenhäusern vorbehalten, weil nur diese in Prozess- und Produktinnovationen investieren können. Wollen Krankenhäuser der Maximalversorgung aus Gründen der medizinischen Leistungsfähigkeit in diesem Prozess erfolgreich sein, müssen sie sich privatisieren (wie die Unikliniken Gießen und Marburg) oder umfangreich von ihren Trägern subventionieren lassen (wie die Uniklinken in den relativ reichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg).

Die Rolle der leitenden Ärzte: Schlüssel-frage für die Modernisierung

Die Rationalisierungsprozesse in den deutschen Krankenhäusern werden durch einen institutionellen Filter gleichsam durchgeschleust und hier gebrochen und deformiert. Dieser Filter heißt: Hierarchie im Krankenhaus.

Die Schlüsselrolle in dieser Hierarchie hat in den öffentlichen Krankenhäusern der leitende Arzt, vulgo Chefarzt. Diese Schlüsselfunktion hat eine ökonomische Basis: das Recht der Privatliquidation durch den leitenden Arzt und die Verteilung eines Teils der Privateinnahmen über Mitarbeiterpools. Dieser leitende Arzt fungiert einerseits als Unternehmer, andererseits bewegt er sich in einem beamtenähnlich ausgestatteten Arbeitsverhältnis. Faktisch ist er unkündbar. Er macht z.T. beträchtliche persönliche Gewinne und schafft über die Poolkonstruktion weitgehende finanzielle und persönliche Abhängigkeiten, kann aber nicht gekündigt werden, auch wenn die von ihm geleitete klinische Abteilung chronisch defizitär ist.

In der Ära vor der DRG-Finanzierung war dies kein großes Problem: über Pflegesätze wurden die tatsächlichen Kosten des Krankenhauses erstattet. Erst unter dem Diktat der durchschnittlichen Produktionskosten werden Defizite sichtbar. Diese harten wirtschaftlichen Probleme bekommen die öffentlichen Krankenhäuser, anders als die privaten Krankenhäuser, zumindest in der mittleren Frist nicht gelöst. Sie können sich von den ökonomisch für das Krankenhaus untüchtigen oder sogar wirtschaftlich schädigenden Chefarzten nicht trennen. Sie können aber auch rationellere Arbeitsverfahren gegen den Widerstand der leitenden Ärzte nicht oder nur eingeschränkt durchsetzen. Der leitende Arzt definiert eben auch, was aus medizinischer Sicht sinnvoll ist und warum das Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Aspekten hat.

Sicher gibt es auf Seiten der leitenden Ärzte auch Lernprozesse und damit verbunden ein Eingehen auf die wirtschaftlichen Probleme des Krankenhauses. Solange das Recht der Privatliquidation beim Chefarzt liegt, hat dieser das Motiv, als Einzelkaufmann zu handeln, d.h. sein persönliches Einkommen zu maximieren, auch auf Kosten des gesamten Krankenhauses. Der Chefarzt und sein gesamtes ärztliches Gefolge, über Poolregelungen auch finanziell an den Vorgesetzten gebunden, wird zunächst diese privilegierte Position zu behaupten versuchen, insbesondere weil es dieser Berufsgruppe bis heute gelungen ist, diese bevorzugte Einkommensposition vor der Öffentlichkeit weitgehend zu verbergen.

Ein wirtschaftlicher Nachteil der öffentlichen Krankenhäuser gegenüber den privaten Klinikkonzernen liegt darin begründet, dass das Management öffentlicher Krankenhäuser es erheblich schwerer hat, diese betriebswirtschaftlich notwendige Auseinandersetzung mit der Statusgruppe der Ärzte im Krankenhaus zu führen. In den privaten Kliniken fungiert das

Management als Vertreter kapitalistischer Eigentümer, ihr Direktionsrecht basiert unmittelbar auf Eigentümermacht. Das Management öffentlicher Krankenhäuser wird aber aus Sicht der leitenden Ärzte in ihrer Dienstleistungsfunktion für die medizinisch verantwortlichen Ärzte gesehen, nicht aber als Repräsentanten unternehmerischer Macht gegenüber Ärzten, die abhängige Beschäftigte, also weisungsgebunden sind.

Insofern ist es nicht überraschend, dass die Rationalisierungsprozesse in den öffentlichen Krankenhäusern in erster Linie im Bereich der nichtmedizinischen Infrastruktur angesetzt haben (Ausgründung von Servicegesellschaften mit dem Ziel der Tarifflicht aus dem Tarifniveau des öffentlichen Dienstes, direkte Privatisierung von Servicebereichen, Gründung von gemeinsamen Gesellschaften mit privaten Anbietern unter Ausnutzung der Konstruktion einer steuerlichen Organisation).

In zweiter Linie sind die Pflegekräfte direkt Prozessen der Rationalisierung und der Arbeitsverdichtung unterworfen. In der Konvergenzphase kommt es zu einem deutlichen Beschäftigungsabbau in der Krankenhauspflege, während gleichzeitig die Zahl der Krankenhausärzte ansteigt, was auf unterschiedliche Verfahren der Personalbedarfsermittlung für beide Berufsgruppen zurückgeht: die Fallzahlen steigen, aber gleichzeitig sinkt die Verweildauer und damit sinkt die Zahl der belegten Betten.

In diesem Zusammenhang ist es hoch problematisch, dass die zuständigen Gewerkschaften den kommunalen Krankenhäusern die Möglichkeiten, durch betriebliche Öffnungsklauseln bzw. durch den TV ZUSI vom Tarifentgelt der einschlägigen Tarifverträge (TVöD, ATV-K, TV Ärzte) nach unten abzuweichen, zugestanden haben. Das führt dazu, vom schwierigen betrieblichen Weg der Prozessinnovationen in relativ einfache Verfahren der Lohnsenkung auszuweichen. Mittelfristig werden dadurch diese Kliniken in ihrer Wettbewerbsposition eher geschwächt, weil sie einmal meinen, die Lohnsenkung ersetze Rationalisierungsprozesse, andererseits aber auch bei einer Verwendung der Entgeltabsenkung als Investivlohn, weil die dadurch erzeugten zusätzlichen Investitionssummen unzureichend sind.

Wie weiter mit dem „Budgetdeckel“?

In der kritischen sozialwissenschaftlichen Debatte wird das Verfahren der Krankenhausfinanzierung über die DRGs – insbesondere in ihrer deutschen Variante – durchaus kritisch gesehen. In der betriebswirtschaftlich ausgerichteten Literatur werden die DRGs dagegen durchwegs akzeptiert.

Wenn sich Kritik findet, dann an der gesamtwirtschaftlichen Deckelung der Budgetentwicklung und der politischen Regulierung der deutschen Gesundheitswirtschaft insgesamt. Der hier favorisierte Weg zu einer stärkeren „Vermarktlichung“ dieses Sektors wirft aber eine Reihe von gravierenden Problemen auf.

Einmal würden in ländlichen Regionen zu viele Krankenhäuser wegen unzureichender Belegung geschlossen werden, andererseits würde sich relativ rasch ein „Klassensystem“ von überwiegend privat angebotener Hochleistungsmedizin einerseits und öffentlichen Krankenhäusern für die einkommensschwachen Patienten ohne Zusatzversicherung andererseits herausbilden. Die kommunalen Krankenhäuser würden ganz überwiegend defizitär bleiben, weil die zusätzlichen – nicht über DRGs finanzierten – Erlöse der privat Versicherten und der Krankenhaus-tourismus reicher Ausländer an ihnen vorbei gehen würden. Auch die Einkommen der Krankenhausbeschäftigten würden deutlich differieren. Im Kern läuft das auf den US-amerikanischen Weg hinaus mit hohen sozialen Ungleichheiten und gesamtwirtschaftlich deutlich höheren Kosten. Ein pragmatischer und kurzfristig umsetzbarer Reformschritt wäre die Abschaffung des Budgetdeckels oder seine Ersetzung durch eine sinnvollere Größe.

Wenn es keine politische Begrenzung der Krankenhauserlöse mehr gibt, führt das unter den Bedingungen des DRG-Systems zunächst zu einer raschen Leistungsausweitung. Die Krankenhäuser werden versuchen, deutlich mehr Fälle zu erzeugen und sie entsprechende abzurechnen. Sicher haben die Krankenkassen durch ihren medizinischen Dienst Korrekturmöglichkeiten, aber insgesamt kommt es unter diesen Bedingungen zu einem Verdrängungswettbewerb über Mengewachstum. Ein „Budgetdeckel“ bremst diesen Verdrängungswettbewerb einerseits, andererseits dämpft er aber auch die positiven Wachstumseffekte der Gesundheitswirtschaft für das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Eine Modifikation des Budgetdeckels durch die Orientierung an den Wachstumsraten des BIP ist eher problematisch. Einmal wird hier lediglich die reale Rate politisch durchsetzbar sein, das wäre heute ein Fortschritt: rund 2% statt 0,64%. Aber in Konjunkturkrisen kann diese Rate unter Null sinken, das wäre eine prozyklische, als krisenverschärfende Wirkung.

Sinnvoller ist eine Orientierung an den nominalen Steigerungsraten der gesamtwirtschaftlichen Bruttoentgeltsumme oder an dem gesamtwirtschaftlichen Volumen der nominalen Tariflöhne. Hier werden Raten unter

Null faktisch ausgeschlossen, es sei denn im Rahmen einer Deflation.

„Deckel“ ist nicht das alleinige Problem

Aber die aktuelle Konzentration auf den Budgetdeckel verkennt die krankenhausinternen Probleme: Einmal die völlig unzureichende Investitionskraft der öffentlichen Krankenhäuser und damit das strukturelle Problem der „dualen“ Krankenhausfinanzierung: Betriebskosten über Fallpauschalen, Investitionskosten über öffentliche Mittel aus den Haushalten der Länder. Da die Ausrichtung der Krankenhausökonomie an den Produktionskosten stattfindet – weil die DRGs durchschnittliche Produktionskosten abzubilden versuchen – ist die Trennung zwischen Betriebskosten und Investitionskosten nicht sinnvoll. Einen Produktionskostenwettbewerb politisch vorzugeben und durch das InEK institutionell auszugestalten und weiter zu entwickeln, aber andererseits den Zugang zu Investitionen von den Finanzspielräumen unterschiedlich reicher oder armer Länder abhängig zu machen, ist geradezu absurd.

Anders gesagt: die Politik verordnet den öffentlichen Krankenhäusern eine quasi kapitalistische Produktionsweise und fixiert sie zugleich in den engen planwirtschaftlichen Rahmen öffentlicher Haushalte. Das benachteiligt die öffentlichen Krankenhäuser im Wettbewerb mit den privaten Kliniken, die diesem Korsett ausweichen können, aber zugleich die öffentlichen Mittel, die sie ohne restriktive Auflagen mitnehmen können, mitnehmen. In der längeren Frist führt es dann zur Dominanz der privaten Klinikketten, gegen die dann das Bundeskartellamt ins Feld geführt werden muss.

So gesehen ist eine „monistische“ Krankenhausfinanzierung der bessere Weg: In den DRGs werden dann eben auch die durchschnittlichen Investitionskosten abgebildet.

Krankenhäuser nicht das Hauptproblem

Das Kostenproblem im deutschen Gesundheitssektor liegt gerade nicht im Krankenhausesektor, sondern in den Bereichen der ambulanten Versorgung, genauer in der Trennung zwischen ambulant und stationär, und bei den Arzneimittelherstellern. Die grossen gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistungsreserven liegen hier und weniger in den Krankenhäusern selbst. In den öffentlichen Kliniken gibt es zwei Kernprobleme, einmal die skizzierte ökonomisch dysfunktionale Rolle der liquidationsberechtigten Chefärzte und den signifikanten Mangel an qualifizierten Krankenhausmanagern. Was es mit Sicherheit nicht gibt, sind zu hohe Arbeitskosten wegen zu hoher tariflicher Entgelte. Hier ist der entgegengesetzte Befund näherliegend. •

Soziale Gerechtigkeit und Freiheitsrechte beim Parteitag Die Linke

Erfolgsgeschichte mit Perspektive

Die einjährige Geschichte der Partei Die Linke ist eine „Erfolgsgeschichte“, die viele so nicht erwartet haben. „Widerstehen. Sagen, was ist. Die Politik verändern.“ Dieses Motto des ersten Parteitages, der vom 24.–25. Mai 2008 in Cottbus stattfand, spiegelt diese Entwicklung und ihre Wurzeln wider. Der Parteitag sollte Bilanz ziehen, die politischen Ziele für die 2009 anstehenden Wahlen und für die Programmdiskussion festlegen und den Bundesvorstand neu wählen. Trotz der Erfolge haben die meisten Medien dennoch keine Euphorie festgestellt, und euphorisch war die Stimmung auf dem Parteitag auch nicht. Der Parteitag hat Grundlagen für die nächsten Jahre geschaffen, aber auch deutlich gemacht, dass die neue Partei Die Linke noch in mehrerer Hinsicht zusammenwachsen muss.

Breite Mehrheit für Leitantrag

Als wichtigstes – und fast einziges – politisches Dokument wurde der vom Parteivorstand vorgelegte Leitantrag mit breiter Mehrheit beschlossen. Nach einer kurzen Analyse der Situation entwickelt er in knapp 20 Punkten was „wir wollen“ – nicht nur auf dem Feld sozialer Gerechtigkeit. Etliche Änderungsanträge wurden vom Antragsteller übernommen, trotzdem sprengte die Debatte den Zeitrahmen. Der beschlossene Text spricht sich deutlicher als der Entwurf für Bürgerrechte, gegen den Ausbau des Überwachungsstaates, für gleiche Rechte für „alle in Deutschland und der EU dauerhaft lebenden Menschen“, den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus und gegen „Krieg als Mittel der Politik“ aus. Der Konflikt um die Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) von 50 Mrd. Euro jährlich, der die Diskussion im Vorfeld des Parteitages zeitweise bestimmte, war vorher entschärft worden. Der Parteivorstand hatte entsprechende Forderungen in den Leitantragsentwurf aufgenommen.

Ein wesentlicher Mangel des Leitantrages kam auch in der Diskussion zur Sprache. Die Partei Die Linke wächst vor allem „unten“. Allein in Nordrhein-Westfalen stieg die Mitgliederzahl von knapp 5.000 Mitgliedern auf rund 6.400, d.h. um 30%. Diese Mitglieder müssen sich betätigen und entwickeln können, wenn sich die Partei entwickeln soll – und zwar vor Ort. Der Leitantrag enthält jedoch ausschließlich eine Strategie und Positionen für „oben“, für die Bundesebene. Die Kommunalpolitik kommt nur an zwei Stellen vor:

Im Abschnitt gegen eine Politik der Privatisierung und im Zusammenhang mit dem ZIP – hier allerdings unter „ferner liefen“. Denn das ZIP soll zwar kommunale Investitionen stärken, die Frage einer dauerhaften Stärkung der durch Umverteilung von unten nach oben arg gebeutelten kommunalen Finanzen wird jedoch ausgeklammert.

Umso wichtiger ist es, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik eine „Evaluierung“ der von der PDS 2005 beschlossenen und vom Parteivorstand Die Linke übernommenen Kommunalpolitischen Leitlinien plant. Diese Auswertung soll Thema eines der nächsten Parteitage werden.

Einige „Dämpfer“

Bei den Parteivorstandswahlen wurden die meisten Mitglieder des alten Parteivorstandes wiedergewählt, soweit sie wieder antraten. Die Stimmsergebnisse der beiden Vorsitzenden fielen jedoch etwas anders aus, als im letzten Jahr. Oskar Lafontaine erhielt 78,5% der Stimmen, fast 10% weniger als beim Gründungsparteitag. Lothar Bisky erhielt 81,3%, gut 1% weniger. Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion, sprach in seiner Rede, in der er sich sehr emotional für das Zusammenwachsen von WASG und PDS, von Ost und West und für einen lebendigen Dialog auch der verschiedenen Strömungen in der Partei stark machte, versöhnend davon, dass Oskar Lafontaine etwas „chefig“ sei.

Angekreidet haben Lafontaine viele Delegierte u.a., dass er einen Tag vor dem Parteitag verlauten ließ, er wolle ab 2010 allein Vorsitzender sein. Damit erteilte er einer quotierten „Doppelspitze“ eine Absage, bevor die Diskussion angefangen hat. Lothar Bisky hatte angekündigt, dass er nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren will. Er will sich als Vorsitzender der Europäischen Linken zur Verfügung stellen. Eine weitere wichtige Entscheidung gab es in der Diskussion um die erziehungspolitischen Positionen. Hierzu lagen mehrere Anträge vor, die zu einem Antrag „Für eine emanzipatorische Familienpolitik“ zusammengefasst wurden, der sich deutlich für Erziehung als gesellschaftliche Aufgabe und gegen ein staatliches Erziehungsgeld ausspricht. Der Antrag wurde bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen. Unerfreulich war, dass die Entscheidung auch von der Parteitagsregie dazu genutzt wurde, die Minderheit zu demütigen. Das stieß auf deutliche Kritik u.a. aus dem Forum Demokratischer Sozialismus, durch die die Forderung nach einer pluralistischen Diskussionskultur, nach einer „lernenden Partei“ gestärkt wurde.

Wolfgang Freye
Mehr zum Parteitag: Seite 8 und Seite 18.

Interview mit Cornelia Hildebrandt

Hältst Du den vom Bundesparteitag verabschiedeten Leitantrag für eine geeignete programmatische Grundlage um den Aufbau der Partei Die Linke weiter zu festigen?

Ich denke, der Leitantrag bestätigt den Gründungskonsens der neuen Linkspartei und gibt Orientierung für die nächsten anstehenden Aufgaben. Er beschreibt, wofür Die Linke steht und was ihr für einen Wechsel der Politik notwendig ist. Dazu gehören die Forderungen nach Mindestlohn, Abschaffung der Rente ab 67, Abzug aus Afghanistan, einem Investitionsprogramm für Bildung, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und öffentliche Beschäftigung. Die Linke formuliert als Maßstab ihrer Politik die praktischen Veränderungen, tatsächliche Schritte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, auf dem Weg zu einer sozial gerechten Politik. Wichtig ist ebenso das Festhalten an der Unverletzlichkeit der Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze. Denn wie Michael Brie schon 2006 schrieb: „Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung“.

Der Parteitag hat Oskar Lafontaine einen deutlichen Dämpfer verpasst, obwohl er mit seiner Aussage, dass politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit zusammengehören, Zugeständnisse an seine innerparteilichen Kritiker gemacht hat?

Jeder Parteivorsitzende, der mehr als zwei Drittel der Stimmen erhält, hat eine gute Legitimität für seine Arbeit. Sein – wie Gysi sagte – „etwas chefiger“ Stil, schafft sicher nicht nur muntere Zustimmung, vor allem nicht bei jenen, die schon immer eigenständig dachten und handelten, oder bei jenen, die sich 1989 von diesem Stil verabschiedeten. Wichtiger aber ist es, seine Rede zu lesen, insbesondere zu den Wirkungen des Finanzmarktkapitalismus, zum Verhältnis von Freiheit und Gleichheit, zur DDR.

Auch andere ehemalige WASG-Mitglieder wie Axel Trost hatten ein schlechtes Wahlergebnis. Der bayerische Spitzenkandidat für die Landtagswahl, Fritz Schmalzbauer, verpasste sogar den Einzug in den Bundesvorstand. Spielten da Widersprüche zwischen ehemaligen PDSlern und WASGlern eine Rolle, oder gibt es auch andere Gründe?

Ich glaube nicht, dass es ein Widerspruch zwischen den Quellparteien war, eher spielte die Zuordnung zu einer Strömung eine gewisse Rolle. Schwerer

hatten es übrigens jene, die sich nicht zuordnen wollten. Entscheidend waren Positionen zu zentralen Fragen innerhalb der Linken – das gilt zunächst für alle Kandidaten. Fritz und Axel haben ihre jeweiligen Akzente gesetzt, für die andere Bewerber, insbesondere auch Frauen, deutlich mehr Stimmen erhielten. Denn es ist neben Inhalten, unterstützenden Strömungen auch eine Frage des Stils, mit dem man sich präsentiert. Wer glaubte, die eigene Präsentation sei nachrangig, der irrte. Übrigens unabhängig von der Quellpartei.

Gregor Gysi ist in seiner Abschlussrede sehr ausführlich auf die kulturellen und politischen Differenzen zwischen den „Ostlern“ und den „Westlern“ in der Partei eingegangen, die sich teilweise in der Opposition zwischen den Kategorien „pragmatisch“ und „ideologisch“ festmachen lassen. Was muss getan werden um diese Differenzen zu überbrücken, etwa im Sinne eines Ost-West-Dialoges?

Das Problem sind nicht so sehr die Differenzen als vielmehr der Umgang mit ihnen. Die von Gysi beschriebenen angepassten Osis haben immerhin 18 Jahre parlamentarische Erfahrungen auf den unterschiedlichen Ebenen, auf die sich Die Linke nunmehr in 10 von 16 Bundesländern in Landtagen vertreten, stützen kann. Wenn wie in Hamburg beim Aufbau der Landtagsfraktion auf diese professionelle Hilfe zurückgegriffen wird, ist das gut. Zugleich sind die Erfahrungen des gelebten und nicht nur in Sektiererpapieren entwickelten Widerstandes in Friedensfragen, im Kampf gegen Atomkraftwerke und Castortransporte wichtig für die gesamte deutsche Linke. Wir müssen viel stärker nach den Potentialen des Anderen fragen – wohl wissend, dass es auch parlamentarische Anpassungs- und Verselbständigungsprozesse auf allen Ebenen parlamentarischer Arbeit gibt. Und es gibt in unserer neuen Linken auch Positionen populistischer Vereinfachung und Sektierertum. Wichtig wäre mir Räume zu schaffen, wo kritische Selbstreflexionen möglich sind. Ein erster Schritt wäre vielleicht eine Kultur des Zuhörens. Natürlich stehen hinter vermeintlichen Pragmatikern und Ideologen auch unterschiedliche Politik- und Organisationsverständnisse, unterschiedliche Sichten auf Gesellschaft und zentrale Konflikte, auf handelnden Akteure, vielfältige soziale und politische Prägungen, Erfahrungen und historische Bezüge.

Wird Die Linke in ihrer Pluralität ausreichend im neuen Bundesvorstand repräsentiert?

Ja, es finden sich Vertreter der verschiedenen Strömungen wie der Antikapitalistischen Linken, der Sozialistischen Linken, der KPF, des Forums demokra-

tischer Sozialismus, nicht Strömungsgebundene, Gewerkschafter, Vertreter sozialer Bewegungen, Parlamentarier und Nichtparlamentarier. Sie kommen aus beiden Quellparteien – die Breite ist gegeben. Entscheidend ist die Frage der Arbeitsfähigkeit, die Fähigkeit also zu integrativer Arbeit. Ich denke, dazu ist dieser Vorstand mit seinen Mitgliedern in der Lage.

Die alte PDS hat nach dem Bruch mit dem Staatssozialismus und seiner Aufarbeitung neue Antworten finden müssen, so die „Entdeckung“ der individuellen Freiheitsrechte und die Gleichwertigkeit zwischen sozialen und demokratischen Grundrechten. Braucht die neue Linke jetzt eine ähnliche Aufarbeitung mit der paternalistischen „Staatssozialdemokratie“ um neue Antworten etwa in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finden? Hat der Parteitag Signale in diese Richtung gegeben, oder ist das dort verabschiedete Zukunftsinvestitionsprogramm eher eine Anleihe an alte Rezepte?

Vor dem Hintergrund der permanenten Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, ist es notwendig, diese Umverteilung von links in Frage zu stellen und die Fehlentwicklungen dieses Prozesses darzustellen. Es ist strömungsübergreifender Konsens, Forderungen gegen den Sozial- und Demokratieabbau zu stellen, wie sie im Leitantrag formuliert werden. Aber ebenso wichtig ist es, unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten 10 Jahre alte Konzepte neu zu befragen oder neue zu erarbeiten. D.h. ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Gesundheit, Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentliche Beschäftigung muss dieser Entwicklung Rechnung tragen und deshalb mit der Frage nach Innovationen zur Erneuerung gesellschaftlicher Instrumente verbunden werden. Und wie sorgen wir dafür, dass Menschen befähigt werden, selber für ihre Rechte einzutreten, Politik zu gestalten und in Entscheidungsprozesse einzugreifen. Ist ein Zurück zur alten Rentenformel die adäquate Antwort vor dem Hintergrund komplexer Umbrüche der Arbeitswelt, der Flexibilisierung, Prekarisierung von Arbeit? Wenn wir hierzu die Kampagne starten, müssen wir darüber ausführlicher diskutieren, als auf Parteitagen möglich ist.

Cornelia Hildebrandt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Bereich Parteien und soziale Bewegungen. Jüngste Buchveröffentlichung: Die Linke von Michael Brie, Cornelia Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker bei Dietz, Berlin (Dezember 2007)

Das Gespräch führte Thorsten Jannoff, Essen.



Nachrichten aus Berlusconi's Italien

Schon im Wahlkampf hatte die Rechte durch rassistische Parolen ein fremdenfeindliches Klima geschaffen. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen brachte die Berlusconi-Regierung ein Gesetzespaket auf den Weg, mit dem u.a. illegale Einwanderung zum Straftatbestand erklärt wird. Beilandesweiten Razzien wurden Hunderte verhaftet, über 100 illegalisierte Flüchtlinge in Gewahrsam genommen, über 50 von ihnen sofort an die Grenze geschafft und abgeschoben. Die Einwanderung von Rumänen soll, obwohl Rumänien EU-Mitgliedsland ist, zukünftig womöglich gänzlich unterbunden werden. Das Regierungshandeln zeigt Wirkung.

NEAPEL. Mitte Mai verübte ein Mob zwei Tage lang pogromartige Ausschreitungen gegen ein Roma-Barackenlager am Rande Neapels. Jugendliche auf Mopeds warfen Molotowcocktails und hinderten die Feuerwehr daran, die Brände zu löschen. Hunderte Roma flüchteten, 500 wurden unter Polizeischutz aus der Stadt geleitet. Zwar verurteilte der Stadtrat Neapels die Ausschreitungen, doch ansonsten herrschte auffälliges Schweigen bis offene Zustimmung. Der Lega-Nord-Vorsitzende Bossi, neuer Reformminister, kommentierte die Ausschreitungen mit den Worten: „Die Leute machen das, was die politische Klasse nicht fertig gebracht hat.“ Unmittelbar vor den Gewalttaten in Neapel waren bei einer Razzia in Rom in einem Roma-Lager 50 Roma festgenommen worden. Innenminister Maroni, ebenfalls Lega Nord, hat für Mailand einen Sonderbeauftragten zur „Bewältigung des Roma-Problems“ eingesetzt; zuvor war dort ein Roma-Lager aufgelöst und mit Bagern abgerissen worden.

Rom. Ende Mai tobte sich ein 20-köpfiger faschistischer mit Knüppeln bewaffneter, rassistische Parolen grölender Mob in Pigneto aus, einem Stadtteil, der wegen seiner kulturellen Viel-

falt bekannt ist. Er zerstörte Schau- fensterscheiben, Vitrinen und Geschäftsauslagen von Einrichtungen, die Migranten gehörten. Ein Mann aus Bangladesch wurde zusammengeknüpelt. Beobachter merken an, dass das Vorgehen sich an den faschistischen Squadrismus der 20er Jahre anlehnt, als die sog. Squadri der Schwarzhemden linke Viertel terrorisierten und gezielt Volkshäuser und Wohnungen überfielen, folterten und mordeten. Das Bild zeigt eine große Protestkundgebung, zu der zahlreiche Initiativen und Einrichtungen aus Pigneto in den Tagen danach aufriefen.

Johannesburg: Langsam formiert sich Widerstand gegen fremdenfeindliche Gewalt

Die Welle fremdenfeindlicher Gewalt, die Mitte Mai über Johannesburg, Südafrika, tobte, kostete über 50 Menschen das Leben, mehrere zehntausend wurden vertrieben. Zwischenzeitlich griff die Gewalt auf sieben Provinzen über. Gegenwärtig scheint es ruhig, doch Beobachtern zufolge kann es sich dabei durchaus um die Ruhe vor einem neuen Sturm handeln. Nach Tagen des Schocks und vereinzelt bleibenden Versuchen, dem Morden und Brand-schatzen Einhalt zu gebieten, demonstrierten am 24. Mai mehrere tausend Menschen gegen die Ausschreitungen (Bild). Im Folgenden Auszüge aus einer Erklärung von Abahlali baseMjondolo (ABM), einer Bewegung aus den Armenvierteln um Durban:

„... Die Angreifer müssen zur Verantwortung gezogen werden. Doch diejenigen, die die Armen auf diesen kleinen Flecken Erde (der „Übergangsorte“ genannten Lager – CS) zusammenpferchen, die das Leben dort mit Räumungen und Vertreibungen bedrohen, die die Armen wie Kriminelle behandeln, die sie ausbeuten, ihre Kämpfe unterdrücken, die Nahrungsmittelpreise erhöhen, die zu wenige und zu kleine

Häuser bauen lassen, deren Verteilung über Korruption bewerkstelligt wird, diejenigen müssen ebenso zur Verantwortung gezogen werden. (...) Die Flüchtlinge und Migranten werden von den Ausländerbehörden unmenschlich behandelt. Die Mitglieder unserer Bewegung, die in anderen Ländern geboren worden sind, berichten von langen Wartezeiten, von respektlosem Umgang, Willkür und Korruption, wenn sie zu den Behörden gehen müssen. Sie berichten von Polizisten, die geschmiert werden wollen, ihre Papiere zerreißen, ihr Geld stehlen und sie in das Abschiebelager Lindela schicken, ein Ort, der noch schlimmer ist als die Übergangslager, die wir kennen. (...) Einige Leute sagen, weil die Zuwanderer für sehr wenig Geld arbeiteten, seien sie für die allgemeinen Lohnsenkungen verantwortlich. Doch wir alle wissen, dass verzweifelte und hoffnungslose Menschen überall jeden Job annehmen. Lasst uns für starke Gewerkschaften kämpfen. (...) Lasst uns für einen sicheren Aufenthaltsstatus, für Papiere für unsere Nachbarn kämpfen, so dass wir uns alle für die Rechte der Armen in gleicher Weise einsetzen können. (...) Wir fordern: 1. Sofortige Schließung des Abschiebelagers Lindela und Freilassung der dort Inhaftierten. 2. Die Ausgabe von Aufenthaltspapieren an alle, die in den Polizeistationen Unterschlupf gefunden haben. 3. Sofortiger Stopp des Ausverkaufs von städtischem Bauland, solange nicht alle Menschen eine Wohnung erhalten haben. 4. Sofortige Beendigung aller Räumungen und Vertreibungen. 5. Kein weiterer Bau von Golfplätzen, solange nicht alle Menschen eine Wohnung haben. (...) 8. Die Ausrichtung eines Treffens von Flüchtlingsorganisationen, der Polizei und den Innen- und Ausländerbehörden, um gemeinsam zu überlegen, welche Schritte übernommen werden können, damit die Behörden allen Menschen dienen, die in Südafrika leben.“



Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland gefordert

BERLIN. Im Kanzleramt übergaben am 28.5.2008 Friedensgruppen aus ganz Deutschland 10.000 Unterschriften. Sie fordern den Abzug der Atomwaffen vom Fliegerhorst Büchel und die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands. Anschließend führten die Vertreter der Friedensgruppen, u. a. Ärzteorganisation IPPNW und die Bürgermeister für den Frieden, ein Hintergrundgespräch mit den Referenten der Bundeskanzlerin für Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Die IPPNW-Abrüstungsexpertin Xanthe Hall übergab dabei einen aktualisierten Modellentwurf für eine Nuklearwaffenkonvention zur vollständigen weltweiten Abrüstung von Atomwaffen. Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel lagern noch immer 20 US-Atombomben, die im Ernstfall von Bundeswehrpiloten ins Ziel geflogen werden sollen. Diese so genannte nukleare Teilhabe ist ein Konzept innerhalb der Abschreckungspolitik der NATO aus den Zeiten des Kalten Krieges. IPPNW-Abrüstungsexpertin Xanthe Hall: „Deutschland hat, wenn es mit gutem Beispiel vorangeht, die Chance die Abrüstung zu fördern und die Weiterverbreitung der Atomwaffen zu verhindern. Deswegen fordern wir die Aufgabe der deutschen nuklearen Teilhabe: D.h. Abzug der Atomwaffen, keine Beteiligung an der Planung des Einsatzes von Atomwaffen, keine Übungen mit deutschen Tornado-Flugzeugen und deutschen Piloten.“ Zusätzlich zu den Unterschriften, die vor allem in Kirchenkreisen gesammelt wurden, präsentierte eine Friedensgruppe aus Bretten, Baden-Württemberg, eine 50 Meter lange Girlande aus 1151 Papierkranichen, dem japanischen Friedenssymbol (siehe Bild). Der Brettener Oberbürgermeister Paul Metzger, Mitglied der Bürgermeister für den Frieden, erinnerte daran, dass nukleare Abrüstung als Regierungsziel im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Die Übergabe der Unterschriften im Kanzleramt wurde durch baden-württembergische Bundestagsabgeordnete der CDU koordiniert. Auch von Jörg Tauss, dem forschungspolitischen Sprecher der SPD, kam Unterstützung. Um den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu erreichen, haben sich Friedensgruppen zum Bündnis „unsere zukunfts-atomwaffenfrei“ zusammen geschlossen. Bei der Unterschriftenübergabe kündigte das Bündnis eine Protestaktion am Atomwaffenstandort Büchel an. Vom 23.8. bis 1.9. findet dort ein Aktionscamp statt. Für Samstag den 30.8. ist eine Großdemonstration mit Barbara Rütting, Horst Eberhard Richter und Nina Hagen am Fliegerhorst Büchel geplant. www.ippnw.de



EM-Lauf zugunsten der Opfer von Streubomben

MÜNCHEN. Mit dem Startschuss durch die Stadträtin Dr. Ingrid Anker am 31. Mai 2008 um 10 Uhr vor dem Münchner Rathaus begann der Lauf der beiden Extremsportler Claudia Weber und Thomas Wenning über 434 Kilometer zur Fußball-Europameisterschaft nach Österreich. Nach neun Tagesetappen von je 42 bis 53 Kilometer werden sie am 8. Juni 2008 zum ersten Spiel der Deutschen Nationalmannschaft gegen Polen in Klagenfurt eintreffen. Erneut engagieren sich die beiden Sportler bei einer ihrer Aktionen für Opfer von Minen und Streubomben: Sie laufen für Menschen, die durch einen Unfall mit einer dieser infamen Waffen Gliedmaßen verloren haben und selbst nicht mehr laufen können. Wie beim letztjährigen Marathon durch die 16 deutschen Bundesländer rufen Thomas Wenning und Claudia Weber auf ihrer Tour zu Spenden für Handicap International auf: Diesmal für ein Projekt für Streubombenopfer im Libanon. www.handicap-international.de

7. Juni: Bundesweite Nacht der Solidarität

BERLIN. In 45 Städten von Rendsburg bis München und von Mönchengladbach bis Dresden findet am 7. Juni 2008 zum fünften Mal die bundesweite Nacht der Solidarität statt. Mehr als 100 AIDS-Hilfen, Kirchengemeinden, Vereine und Arbeitskreise wollen gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen AIDS auf das weltweite Ausmaß der HIV-Epidemie aufmerksam machen. Die bundesweite Nacht der Solidarität erinnert an die weltweit 33 Millionen Menschen, die mit HIV und Aids leben. Die meisten von ihnen leben in Schwellen- und Entwicklungsländern. Es gibt Medikamente, die eine HIV-Infektion zwar nicht heilen, ihr Fortschreiten und die vollständige Zerstörung des Immunsystems jedoch aufhalten können. Doch nur jeder dritte Patient/jede

dritte Patientin in armen Ländern erhält diese lebensnotwendigen Aids-Medikamente. Denn für viele Länder sind die Aids-Medikamente zu teuer. Ein Grund dafür sind die Patente. Die drei Pharmafirmen Abbott, Bristol Myers-Squibb und Gilead haben in Indien Patentanträge für mehrere dieser lebensnotwendigen Aids-Medikamente gestellt. Indische Pharmaunternehmen stellen preiswerte Kopien von Aids-Medikamenten her, sogenannte Generika, und exportieren diese in viele arme Länder. Damit könnte bald Schluss sein: Falls die Patentanträge der drei großen Pharmafirmen genehmigt würden, hätten nur sie das Recht diese Präparate herzustellen – für die kommenden 20 Jahre. Deshalb fordert das Aktionsbündnis gegen AIDS, dass die großen Pharmafirmen ihre Patentanträge in Indien sofort zurückziehen und somit die Medikamente für die Generikaproduktion freigeben.

www.aids-kampagne.de

Geschichtsrevisionismus keine Chance geben!

BERLIN (fzs). Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) stellt sich in der Auseinandersetzung um den verhinderten Vortrag Erika Steinbachs, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BDV), an der Universität Potsdam deutlich hinter die Potsdamer Studierenden. Steinbach sollte als Auftakt zu einer Veranstaltungsreihe des Historischen Instituts zur „Deutschen Siedlungspolitik in Ostmitteleuropa“ reden. Nachdem mehr als 100 Studierende versuchten, die Veranstaltung zu verhindern, ging die Polizei gewaltsam gegen die Studierenden vor. Dabei feuerten einige Professoren die Polizei zu härterem Durchgreifen an. Steinbach und der BDV sind in der Vergangenheit durch geschichtsrevisionistische Äußerungen aufgefallen. „Frau Steinbach hatte in der Vergangenheit nichts Besseres zu tun, als die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze zu verweigern und die deutsch-tschechische

Aussöhnung abzulehnen. Ihre Äußerungen finden in der extremen Rechten große Unterstützung. Hochschulen sind Orte der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das Podium, welches Frau Steinbach hier geboten wird, wertet ihre indiskutablen Positionen unnötig auf“, fasst Vorstandsmitglied Regina Weber die Kritik des fzs zusammen. Völlig unverständlich sei für den fzs das Verhalten der Potsdamer Universitätsleitung. Die Studierendenvertretung habe bereits im Vorfeld darum gebeten, die Veranstaltung abzusagen, um keinen weiteren Nährboden für die extreme Rechte zu schaffen. Obwohl der Hochschulleitung diese Umstände bekannt waren, zeigte diese kein Einsehen. Der fzs verurteilt den Polizeieingriff auf dem Campus scharf. Insbesondere wendet er sich gegen das Verhalten einiger Professoren. „Es ist unglaublich, dass anwesende Professoren die Polizei anfeuern, wenn diese mit Gewalt gegen Studierende vorgeht. Das zeugt von einem unsäglichen Menschenbild“, kommentiert fzs-Vorstandsmitglied Martin Menacher. Der fzs unterstützt den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität in seiner Forderung, die Veranstaltungsreihe mit Erika Steinbach gänzlich abzusagen. www.fzs.de



Solidaritätsaktion für verurteilten US-Kriegsdienstverweigerer

MANNHEIM. Am 13. Mai 2008 wurde der in Vilseck/Bayern stationierte US-Kriegsdienstverweigerer Robert Weiss zu sieben Monaten Haft verurteilt. Das US-Militärgericht der Rose Barracks in Vilseck befand ihn für schuldig, die Verlegung seiner Einheit absichtlich verpasst zu haben (Missing Movement) und desertiert zu sein. Die Haftstrafe wird Robert Weiss im US-Militärgefängnis in Mannheim absitzen. Das Military Counseling Network und Connection e.V. verurteilen die Entscheidung des Gerichts. Sie fordern das US-Militär auf, Robert Weiss als Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und unverzüglich freizulassen. Obwohl Robert Weiss im Sommer 2007 einen Antrag stellte, um als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden, wurde er mit seiner Einheit in den Irak verlegt. Der Antrag wurde kurz vor seinem Heimaturlaub, Anfang Dezember 2007, abgelehnt. Er verweigerte sich einem erneuten Einsatz im Irak und kehrte nicht mehr von seinem Heimaturlaub zurück. Er stellte sich sieben Wochen später den Militärbehörden. Mit dem Urteil ist erneut ein US-Kriegsdienstverweigerer trotz seiner Überzeugung zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk Connection e.V. erklärte dazu:

„Das US-Militär zeigt damit Härte gegenüber denjenigen, die sich dem Kriegseinsatz verweigern. Es macht deutlich, wie sehr es um die Moral in der Truppe fürchtet, in der es zunehmend Widerstand gegen den Einsatz im Irak und in Afghanistan gibt. Den Verweigerern und ihrem Mut gebührt die Hochachtung. Sie brauchen unsere Unterstützung.“ Das Military Counseling Network und Connection e.V. riefen dazu auf, Robert Weiss – wie anderen inhaftierten US-Verweigerern – Solidaritätspostkarten zu schreiben. „Dies ist ein wichtiges Mittel, die Moral der Verweigerer auch in der Haft zu stärken.“ Postkarten können online über www.Connection-eV.de/briefaktion ausgefüllt werden. www.dfg-vk.de

Städte der Welt rufen zu globaler Partnerschaft auf

BONN. Die Teilnehmer der internationalen Bürgermeisterkonferenz zur Biodiversität haben zum Abschluss ihres Treffens am 28. Mai den „Bonn Call for Action“ verabschiedet. Mit dem Bonn Call bieten die Städte ihre Erfahrung und ihren Einfluss an, um die Anwendung der UNO-Vereinbarung über biologische Vielfalt innerhalb einer globalen Partnerschaft zu stärken und zu fördern. Der Bonn Call wurde von den Bürgermeistern Takehisa Matsubara von Nagoya, Gerald Tremblay von Montreal, Carlos Alberto Richa von Curitiba und Bärbel Dieckmann von Bonn dem Plenum des Ministersegments der UNO-Naturschutzkonferenz vorgestellt. Dabei geht es auch um die Anerkennung der Kommunen als wichtige Partner für nationale Regierungen und internationale Organisationen. www.service-eine-welt.de

„Trek for Nature – Gentechnik Nein Danke!“

KITZINGEN. Am 25.6.2008 starten um 10 Uhr unter dem Motto: „Trek for Nature – Gentechnik Nein Danke!“ Traktoren vor dem Europaparlament in Straßburg ihre 300 km lange Demonstration bis nach Westheim bei Kitzingen. In Kitzingen findet ab Freitag, 27.6.08, das Gentechnikfreie Wochenende der Freiwilligen Feldbefreier statt. Der bunte Zug von Traktoren aus Deutschland



und Frankreich ist eine länderübergreifende Aktion gegen die Agro-Gentechnik. „Ziel des Trek for Nature ist es, Genmais – wie in Frankreich schon geschehen – auch im restlichen Europa zu verbieten. Diese Botschaft tragen wir über die Grenze bis nach Kitzingen“, so Jochen Fritz einer der Initiatoren des Treks. www.keine-gentechnik.de

VENRO verstärkt Aktion gegen Kindesmissbrauch

BONN. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat anlässlich der Veröffentlichung eines Berichtes von „Save the Children“ über Kindesmissbrauch durch Hilfsorganisationen gefordert, die Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu verstärken. Der Verband erarbeitet zurzeit einen Verhaltenskodex für die Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen (NRO).

„Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch Hilfskräfte ist oft noch ein Tabu. Wir müssen uns aber der Realität stellen, dass auch Helfer das in sie gesetzte Vertrauen missbrauchen. Frauen und Kinder in Flüchtlingslagern etwa sind besonders gefährdet“, sagte VENRO-Vorstandsmitglied Ralf Tepel.

Obwohl es keinen aktuellen Anlass gibt, sind VENRO-Mitgliedsorganisationen sich dieser Gefährdung schon lange bewusst. Einige Organisationen haben bereits mit strengen Verhaltensregeln für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit Fortbildungsmaßnahmen darauf reagiert. Zudem werden auch die Partner in den Entwicklungsländern für das Thema sensibilisiert. Ein weiteres Anliegen des Verbandes ist es, dass Kinderschutz verstärkt auch als Qualitätsmerkmal der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit etabliert und implementiert wird.

Zurzeit erstellt VENRO mit Hilfe der Mitgliedsorganisationen einen Verhaltenskodex und formuliert Standards und professionelle Instrumente zum Kinderschutz. Basis für diese Arbeit bilden die Erfahrungen und Aktionen der einzelnen Mitglieder. Ende dieses Jahres soll der Kodex vorliegen.

Nach der neuen Studie „No One to Turn To“ ist der Missbrauch von Mädchen und Jungen durch UN-Friedenstruppen und humanitäre Helfer weit verbreitet. Für den Bericht wurden insgesamt 250 Kinder und 90 Erwachsene in Haiti, dem Südsudan und von der Elfenbeinküste befragt. Demnach kam es zu einer Reihe von Missbrauchsfällen, wie Sex für Nahrungsmittel, Vergewaltigung, sexuelle Belästigung, Kinderprostitution und Kinderhandel.

www.venro.org

CDU und SPD abgestraft – die Kleinen legen zu, und Die Linke ist da!

Das Land zwischen den Meeren hat gewählt. 1,15 Millionen Wahlberechtigte gaben am Sonntag, dem 25. Mai 2008, ihre Stimme ab. Das sind knapp 49,5 % aller 2,3 Mio. Wahlberechtigten. Damit rutschte die Wahlbeteiligung auf ein neues historisches Tief. Die Mehrheit der BürgerInnen Schleswig-Holsteins hat offensichtlich das Vertrauen in die Politik verloren und auf die Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verzichtet. Und diejenigen, die ihr Wahlrecht in Anspruch genommen haben, haben der großen Koalition in Kiel ein Debakel bereitet.

Die CDU verlor gegenüber der Kommunalwahl 2003 über 182.000 Stimmen. Ihr Stimmenanteil sank von 50,3 Prozent in 2003 auf nunmehr 38,6 Prozent (absolut: 431.530 Stimmen). Der hohe Stimmenanteil im Jahr 2003 wurde selbst in der CDU als nicht wiederholbar eingeschätzt. Sie erwartete für sich ein Ergebnis über 40 Prozent. Zieht man noch die Ergebnisse der Landtagswahl 2005 mit heran, wo bei einer Wahlbeteiligung von 66,5 Prozent 614.000 BürgerInnen (43,4 Prozent) die Politik von Rot-Grün abstrafte und sich der CDU zuwandte, wird deutlich: Die CDU hat nicht mehr die frühere Bindekraft für das bürgerliche Lager. In den kreisfreien Städten Neumünster, Lübeck und Flensburg verlor sie bis zu 24,9 %, aber auch auf dem Land waren die Verluste ganz erheblich. Dabei ging in etlichen Kreisen und Städten wie z.B. in Schleswig-Flensburg und Norderstedt ihre absolute Mehrheit verloren.

Die Sozialdemokraten unterboten ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Kommunalwahl in 2003 noch einmal um 2,8 Punkte und kamen nur noch auf knapp 26,6 %. Sie verlor 57.486 Stimmen gegenüber 2003 und kommt auf 296.764 Stimmen. Bei den Landtagswahlen votierten immerhin noch 581.242 WählerInnen (41,1%) für die

Sozialdemokraten. Noch wenige Tage vor der Wahl erwartete die Partei einen Stimmenanteil um die 30 Prozent. Dieses Ziel ist weit unterschritten, und es bleibt abzuwarten, welche Schlussfolgerungen aus diesem Desaster gezogen werden. Der SPD-Fraktionsvorsitzende aus Flensburg schob die Schuld erst einmal auf die Bundespolitik. Es mag wohl sein, dass die Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten (kontra 1 % Rentenerhöhung) ihren Teil zu den harten Verlusten beigetragen hat. Jedenfalls war die Empörung darüber an allen Infoständen nicht zu überhören.

Ob aus diesem Grunde die „alten Fraktionen“ auf der Insel Helgoland den Beschluss gefasst hatten, es dürfe im Wahlkampf außer den üblichen Postwurfsendungen keine Infostände und öffentliche Wahlkampfauftritte geben? Mit einem Bauchladen, einem Widerspruch bei der Kommunalaufsicht und einer zentralen Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky brachte die kleine Insel in der Nordsee ein besonders spekulatives Ergebnis zustande: mit 16,1 % sicherten sich die GenossInnen zwei von 17 Mandaten.

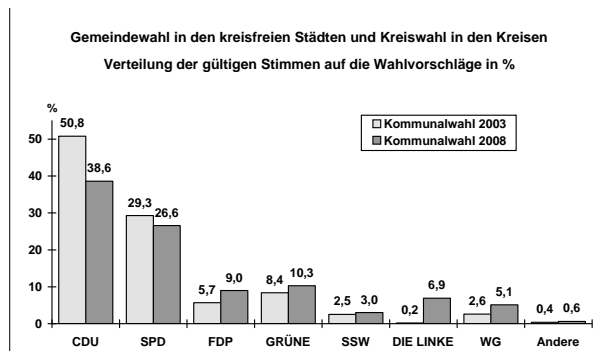
Das Ansehen der schwarz-roten Landesregierung aus CDU und SPD ist auf ein neues landesweites Rekordtief gerutscht. Mit ihrer rigiden Sparpolitik hat sie die Bediensteten des Landes so stark belastet, dass diese im Herbst 2006 in der Landeshauptstadt Kiel gegen die Maßnahmen auf der größten Kundgebung seit den Demonstrationen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf protestierten. Trotz erwarteter Steuermehreinnahmen bis 2011 von rd. 2,7 Mrd. hält die Landesregierung an ihrem Sparkurs fest. So sollen den Kommunen weitere 80 Mio. Euro jährlich entzogen werden. Dadurch werden die Kommunen in ihrer Leistungsfähigkeit erneut drastisch eingeschränkt, was logischerweise zu Lasten der BürgerInnen geht. Der von der Landesregierung so gern betonte konjunkturelle Aufschwung ist bei vielen Menschen in Schleswig-Holstein nicht angekommen. Trotz Aufschwung sind noch immer 250.467 Menschen auf Sozialleistungen nach SGB II angewiesen und müssen damit über die Run-

den kommen. 26.200 sind arm trotz Arbeit und müssen zusätzlich staatliche Leistungen in Anspruch nehmen („Aufstocker“).

Die Landesregierung agiert konzeptionslos und an den Interessen der BürgerInnen vorbei. Beispiel Schule. Die in der Schulreform festgeschriebene „Regionalschule“ (Zusammenlegung von Haupt- und Realschule – ein Steckenpferd der CDU), wird von den Menschen nicht wie erhofft angenommen. Lieber melden die Eltern ihre Kinder in den Gemeinschaftsschulen an. Die in der Koalition vereinbarte Beteiligung der Eltern an den Fahrtkosten der Schulbusse musste – nachdem in einigen Kreisen (z.B. Nordfriesland und Segeberg) massiver Protest entstanden war – vom Parteitag der CDU zurückgenommen werden.

Nutznießer dieser fragilen ökonomisch-sozialen und politischen Konstellation sind die kleineren Parteien und die Wählergemeinschaften. In Schleswig-Holstein haben sich in den letzten Monaten ganze Ortsvereine beider Volksparteien aufgelöst. Etliche enttäuschte Mitglieder haben ihr Parteibuch zurück gegeben und sich in kleineren Wählergemeinschaften organisiert. Deren Zugewinne sind beachtlich. Landesweit erhielten sie 5,1 %.

In Flensburg hat die Wählergemeinschaft „Wir in Flensburg“ (WiF) aus dem Stand einen Stimmenanteil von 22,3% erreicht. Sie trat mit einem Programm der „Bürgernähe“ an und fordert die aktive Mitbeteiligung der BürgerInnen an den kommunalpolitischen Entscheidungen. „Wir wollen alle Bürger an der Entwicklung der Stadt (Ideenfindung, Planung und Realisierung) teilhaben lassen. Im kommunalen / regionalen Bereich empfinden wir die Form der repräsentativen Demokratie (Bürgerwille wird durch gewählte Ratsmitglieder vertreten) als unzureichend. Viele Fähigkeiten und Ideen bleiben ungenutzt. Die Ratsmitglieder sind nicht in erster Linie die Repräsentanten der Bürger, sondern sie sollten Organisatoren von sozialen Prozessen sein. Dem entsprechend können gerade im kommunalen Bereich die repräsentativen Strukturen gut durch Formen direkter Demokratie ergänzt werden, mit Vorteilen für Politiker und Bürger.“ Ähnliche Passagen hatte ja auch die Linke in allen ihren Kreiswahlprogrammen stehen. Andere Wählergemeinschaften wie die BBS



Auskunft zu dieser Veröffentlichung: Bernd Hauptmann - Telefon: 0431 6895-9236 - E-Mail: wahlen@statistik-nord.de



Die Genosssin Brigitte Sawirucha aus Flensburg/Glücksburg, der nördlichsten Stadt in Schleswig-Holstein. An vierter Stelle für den Kreistag in Schleswig-Flensburg verfehlte sie nur knapp den Einzug ins Parlament. „Egal“, sagt sie, „wichtig ist zu zeigen, was die Linke will – vor allem soziale Gerechtigkeit.“ Foto aus Disput 5/08.

in Segeberg sind eher korporatistisch ausgerichtet: Bürgerinteresse ist, was dem klein- und mittelständischen Unternehmen nützt.

Zur drittstärksten Kraft wurden mit 10,3% (2003: 8,4%) die Grünen. Ebenfalls hinzugewinnen konnte die FDP, die auf 9,0% nach 5,7% im Jahr 2003 kam. Auch der SSW, die Vertretung der dänischen Minderheit, konnte vielerorts zulegen. Er kam landesweit auf 3,0% (2003: 2,5%).

Zu den großen Gewinnern gehörte aber auch die Die Linke, die aus dem Stand landesweit 6,9% erreichte. 76.653 Schleswig-HolsteinerInnen wählten Die Linke, die seit dem Zusammenschluss aus WASG und Linkspartei.PDS nun auch im Westen der Republik erfolgreich in die Parlamente auf Kreis- und Landesebene einzieht. Bei der Bundestagswahl 2005 erzielte die Die Linke bei einer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung von 79,1 Prozent 78.755 Zweitstimmen (4,6 Prozent). Die geringe Wahlbeteiligung bei den jüngsten Kommunalwahlen hat zwar Die Linke begünstigt, aber ihr mögliches Reservoir von 2005 hat sie nicht wieder ansprechen können. Auch sie hat 2.000 Stimmen verloren. An einigen Orten gab es ganz besonders hohe Wahlergebnisse. So in den Kieler Linken-„Hochburgen“ Mettenhof und Gaarden mit 18 bzw. 23 % Stimmenanteil. Dazu muss man allerdings wissen, dass hier die Wahlbeteiligung mit ca. 30 % ganz besonders niedrig war. In Neumünster, Lübeck und Kiel gab es auch bei „normaler“ Wahlbeteiligung erstaunliche Gewinne für Die Linke von 11% bzw. 13%.

Mit 55 Abgeordneten wird Die Linke in Schleswig-Holstein in allen Kreistagen vertreten sein. Dies zeigt, dass die Partei mit ihren kommunalen Wahlprogrammen gerade in sozialen Fragen den Finger in die richtigen Wunden gelegt hat. Die Linke in Schleswig-Holstein liegt somit im Bundestrend und ist aus der politischen Landschaft nicht mehr weg zu denken.

Die rechtsextreme NPD spielte landesweit so gut wie keine Rolle. Nur in den Stadtrat in Kiel und dem Kreis Herzogtum Lauenburg konnte sie auf Grund der geringen Wahlbeteiligung und der ermittelten Überhangmandate (D'Hondt-Verfahren) einen Sitz erringen. Bei der Landtagswahl von 2005 hatte sie noch landesweit noch 27.676 Stimmen einsammeln können, jetzt waren es nur noch 4.717.

Der Wahlerfolg der Linken in Schleswig-Holstein, der sich sicherlich z.T. auch Stimmen von ProtestwählerInnen verdankt, stellt sie im Norden vor eine große Herausforderung. Der Partei erschließt sich fortan ein ungewohntes und völlig neues Aufgabengebiet. Sie wird die Erwartungen der WählerInnen und ihre eigenen Wahlversprechen jetzt auch ganz praktisch im Gemeinderat oder im Kreistag umzusetzen haben. Die einheitliche Meinung aller Direkt- und Listen-KandidatInnen in Schleswig-Holstein war übrigens vor der Wahl, für eine etwaige „Koalition“ keinerlei Aussagen zu treffen. Die Vorstellung von wechselnden Mehrheiten bezogen auf die jeweiligen Sachfragen – nach dem hier oft zitierten nordischen Modell – gilt neben der Bereitschaft, „mit allen zu reden“, als Grundregel für die zukünftige parlamentarische Politik.

In einem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat Die Linke Anfang des Jahres in Zusammenarbeit mit den Grünen erfolgreich die 5%-Klausel beseitigen können. Spielte dies eine wichtige Rolle im Wahlkampf? Konkret verhalf sie der Linken in der Gemeinde Preetz und im Kreis Nordfriesland, ein Mandat zu erringen. Davon profitierten außerdem die FDP in Flensburg-Stadt und Ellerau, die Grünen in Dithmarschen und der Süd-Schleswigsche Wählerbund (SSW) in Kiel. Den Wählergemeinschaften besorgte sie in vier Fällen ein Mandat, in beiden oben genannten Fällen nützte der Wegfall der 5%-Klausel auch der NPD. Insgesamt wird man vermuten dürfen, dass das nicht Vorhandensein einer solchen Sperrklausel alle diejenigen in ihrem Wahlverhalten bestärken hat, die sonst Zweifel daran hatten, ob ihre Stimme nicht eine „verlorene“ sei. Und davon hat neben dem allgemein demokratischen Effekt, sicher auch Die Linke profitiert.

*Birger Heidtmann und Björn Radke,
einige Ergänzungen: Edda Lechner*

Bürgerinitiative erfolgreich

Leipzig bekommt zum 1. August ein Sozialticket

LEIPZIG. Mit satter Mehrheit hat sich der Leipziger Stadtrat am 23. Mai 2008 für die Einführung eines Sozialtickets ausgesprochen. Durch diesen Beschluss des Leipziger Stadtparlaments endet der fast zweijährige, intensive Kampf der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ mit einem riesigen Erfolg. Neben der Sammlung von 20.000 Unterschriften für ein Sozialticket hatte die Bürgerinitiative mit vielen Veranstaltungen in der Vergangenheit immer wieder für ihr Anliegen geworben.

Das Sozialticket, das dann den Namen „Leipzig-Mobil-Card“ trägt und ab dem 1. August 2008 erworben werden kann, wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. Der Bezug der „Leipzig-Mobil-Card“ ist an den schon existierenden Leipzig – Pass angebunden, und kann somit von allen Menschen mit einem niedrigen Einkommen benutzt werden, unabhängig vom jeweiligen Status als Rentner, Erwerbsloser oder Arbeitnehmer. Zugangsvoraussetzung sind somit alleine die für den Leipzig-Pass gesetzten Einkommensgrenzen.

Bei dem Sozialticket handelt es sich um eine uneingeschränkt nutzbare Monatskarte für den Tarifbereich 110 (Leipzig-Stadt) zum Preis von 25 Euro, also rund 50% des Preises für eine Standard-Monatskarte.

Die „Leipzig-Mobil-Card“ wird es vorerst bis Ende 2010 geben, eine gleichfalls heute beschlossene Studie über Kosten und Nutzung des Sozialtickets soll bis Ende 2009 dem Stadtrat und der Stadtverwaltung vorgelegt werden, damit 2010 die Entscheidung über die Fortführung des Tickets auf einer sicheren Datenbasis erfolgen kann. Jedoch endet mit dem heutigen Erfolg noch lange nicht die Arbeit der Bürgerinitiative. Durch einen Kooperationsvertrag mit der Initiative „Markkleeberg muss Leben“, die sich schon länger für die Einführung eines Sozialtickets in der Leipziger Nachbarstadt einsetzt, soll der erste Schritt für eine Ausweitung des Sozialtickets auf das MDV-Tarifgebiet gegangen werden. Darüber hinaus hat die Bürgerinitiative mit Vertretern aus dem Landkreis Leipziger Land und Halle/Saale über eine Zusammenarbeit bei der Ausweitung des Sozialtickets auf das MDV Tarifgebiet aufgenommen.

(Pia Witte, Leipzig) www.sozialticket-leipzig.de

www.elo-forum.net

CDU Hamburg drückt sich vor Armuts- und Reichtumsbericht:

HAMBURG. Auf der Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 29.5. forderte der Sozialpolitische Sprecher Joithe der Linken einen Reichtums- und Armutsbericht für Hamburg. Denn nur wer die sozialen Folgen seiner Politik „lieber im Dunkeln belassen möchte“, könne sich dem verweigern. „Der Senat gibt denen, die haben, und nimmt von denen, die gar nichts mehr haben“, sagte Wolfgang Joithe und zeichnete eine verheerende Bilanz der Regierungszeit Ole von Beusts: Während Anfang 2002 37.844 Kinder und Jugendliche Transferleistungen bezogen, waren es fünf Jahre später bereits 65.070. Obwohl die Regierungsfaktionen in der vorhergehenden Debatte die Videoüberwachung verteidigten, bei der allein auf der Reeperbahn jährlich 25 Millionen Menschen polizeilich erfasst werden, entdeckte der sozialpolitische Sprecher der CDU bei der Ablehnung eines Armuts- und Reichtumsberichts sein Herz für den Datenschutz. „Wir brauchen keinen Datenfriedhof. Wir wollen unsere Bürger nicht ausschnüffeln.“

www.linksfraktion-hamburg.de

Bürgerversammlung zur Bauschuttdeponie: BRAUNSCHWEIG. Knapp 100 Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Kleingartenvereine, der Rats- und Bezirksratsfraktionen inkl. des Bezirksbürgermeisters waren der Einladung der Linksfraktion zur Bürgerversammlung „Bauschuttdeponie Millennium“ am 22. Mai gefolgt. Zu Beginn der Versammlung erläuterte die Ratsfrau und Vorsitzende der Bezirksratsfraktion, Gisela Ohnesorge, die Entstehungsgeschichte des Schuttbarges. In diesem Zusammenhang gibt es Aufklärungsbedarf vor allem von Seiten der CDU zu ihren Beziehungen zum Betreiber, der im Jahr vor der Zustimmung zum Einleitungsbeschluss (1997) größere Parteipenden an die CDU geleistet hat. Danach nutzten viele Anwesende die Gelegenheit, endlich einmal ihre Sicht zu dem Problem äußern zu können. Zum Schluss der Veranstaltung wurde die Gründung einer Bürgerinitiative vorgeschlagen. Dies fand regen Anklang. Als Gründungstermin wurde der 5. Juni vereinbart. www.linksfraktion-braunschweig.de

Resolution zur Krankenhausfinanzierung: OLDENBURG. Auf Vorschlag der Linken wurde folgende Resolution vom Rat der Stadt Oldenburg beschlossen: „Der Rat der Stadt Oldenburg stimmt der gemeinsamen Erklärung von Geschäftsführung und Betriebsrat/Mitarbeitervertretung von ca. 90 niedersächsischen Kliniken zu, die lautet:

Geschäftsführung und Betriebsrat/Mitarbeitervertretung fordern von den Abgeordneten des Bundestages und der Bundesregierung eine kurzfristige Änderung des geltenden Finanzierungssystems. Bund und Länder sind dringlich aufgefordert, die Deckelung des Budgets zurück zu nehmen. Die Preise für Krankenhausleistungen sind gesetzlich, nicht wirtschaftlich, vorgegeben. 2007 wurde das Budget effektiv um 0,2 % gekürzt. Mit dieser Budgetkürzung mussten die Tarifierhöhungen aus 2006, die gestiegene Mehrwertsteuer, Energiekosten usw. finanziert werden. Die Erhöhung in 2008 beträgt lediglich 0,14 %. Damit steht bei der Steigerungsrate bereits das fünfte Jahr in Folge eine Null vor dem Komma. Der Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser für die Krankenkassen sollte sofort entfallen. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern stellen rund um die Uhr und 365 Tage die stationäre und Notfallversorgung der Bevölkerung sicher. Sie tun dies bei steigenden Patientenzahlen mit immer weniger Personal. In den letzten 10 Jahren sind 100.000 Arbeitsplätze aus den deutschen Krankenhäusern verschwunden, davon 50.000 aus der Krankenpflege. 16.500 Ausbildungsplätze für Pflegeberufe sind abgebaut worden. Wenn nicht gehandelt wird, ist eine erhebliche Rationierung von Leistungen und ein Qualitätsverlust zu befürchten, denn die Krankenhäuser werden nicht entsprechend ihrer Leistungen vergütet. (...) Für die ohnehin geplante Änderung der Gesetzgebung zur Krankenhausfinanzierung ab 2009 sollte die Abkehr von Budget- und Preisdeckelung beschlossen und ein zukunftsfähiges Finanzierungssystem eingeführt werden. (...)

<http://fraktion-dielinke.kdo.de/803.htm>

Kritik an Ein-Euro-Jobs bestätigt!

FRANKFURT A.M. „Der Bericht des Bundesrechnungshofes ist eine schallende Ohrfeige für den Magistrat, der die zahlreichen und fundierten Anfragen der Linken zu dem Missbrauchsvorwürfen bei Ein-Euro-Jobs in stupider Regelmäßigkeit mit banaler Schönfärberei und billigen Ausflüchten beantwortet hat“, sagt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Hans-Joachim Viehl. Wenn der Bundesrechnungshof davon berichtet, dass zwei Drittel aller Ein-Euro-Jobs missbräuchlich sind und reguläre Arbeitsplätze verdrängen, decke sich dies mit den Erkenntnissen seiner Fraktion. Da der Magistrat in seinen Berichten auf Anfragen der Linken aber permanent das Gegenteil behaupte, sei hier wohl Volksverdummung die oberste Prämisse. Die angebliche Zusätzlichkeit der Ein-Euro-Jobs funktioniere nach

immer gleicher Methode: Erst würde massiv Personal abgebaut, dann für ein, zwei Jahre die Stelle nicht besetzt. Da aber die zu erledigende Arbeit nicht weniger würde, „erfinde“ man plötzlich eine „Zusätzlichkeit“ und eine weitere Einsatzmöglichkeit für neuzeitliche Galeerensklaven, namens Ein-Euro-Jobs. „Wir fordern den Magistrat auf, umgehend Konsequenzen aus diesen vernichtenden Bericht zu ziehen und endlich die Forderung des Etatanspruchs der Linken E 245 von 2007, nach Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und die sofortige Umwandlung aller Ein-Euro-Jobs in reguläre Beschäftigung anzugehen!“

<http://dielinke-im-roemer.de>

Der Anfang vom Ende? KIEL. Ist das der Anfang vom Ende einer am Allgemeinwohl orientierten und auf unteilbaren Rechtsansprüchen basierenden politischen Kultur? Der frühere Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann und seine Frau Hannelore wollen der Stadt Kiel 2,5 Millionen Euro spenden, um bedürftigen SchülerInnen ein vergünstigtes Mittagessen zu ermöglichen. Das setzt erst einmal die Erkenntnis voraus, dass die an Schulen angebotene Mittagsverpflegung für viele Kinder nicht bezahlbar ist. Aber anstatt die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle SchülerInnen gesunde und bezahlbare Verpflegung erhalten, ist Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) „...dem Ehepaar Murmann äußerst dankbar“, und setzt nun auf einen Nachahmereffekt: „Ich hoffe schon, dass jetzt irgendjemand sagte: Oh, ich auch!“ Ihr erklärtes Ziel ist ein Mäzenatentum, wie es im Südwesten des Landes üblich sei. Wer also das „Glück“ hat, im finanziellen Einflussbereich eines reichen Gönners zu leben, erhält soziale Wohltaten und wer nicht, hat eben Pech gehabt. Spendengalas, medienwirksam inszenierte Finanzierungen von Lehrmitteln für Schulen, Scheckübergaben an Kindergärten und so weiter und so fort ... amerikanische Verhältnisse lassen grüßen. www.infoarchiv-norderstedt.org

Fraktionsstatus erreicht: LOHMAR. Die Linke im Rhein-Sieg Kreis gibt bekannt, dass die parteilose Fraktion im Lohmarer Stadtrat bestehend aus Stefan Müller und Gabriele Trapp-Fischer in die Partei Die Linke eingetreten sind. Stefan Müller und Gabriele Trapp-Fischer gehörten bei ihrer Wahl in das Lohmarer Stadtparlament der SPD an. Damit verfügt die Partei Die Linke erstmals im Rhein-Sieg-Kreis in einem Stadtparlament über einen Fraktionsstatus. Der Sprecher der Partei Die Linke gab zugleich bekannt,

dass wegen der stark gestiegenen Mitgliederzahlen in Kürze in Lohmar ein weiterer Ortsverband gegründet wird. Im Rhein-Sieg Kreis wird die Partei Die Linke ihr Hauptaugenmerk auf die Einführung eines Sozialpasses richten. Mit dem Sozialpass sollte auch ein Sozialticket für die öffentlichen Verkehrsmittel eingeführt werden. www.dielinke-nrw.de

Anderer Kurs bei Managergehältern: KÖLN. Die Fraktion Die Linke hatte für die Ratssitzung am 4. März einen Antrag eingebracht, die Manager der Kölner Beteiligungsunternehmen anzuweisen, ihre Gehälter offen zu legen. Der Antrag sah auch die Deckelung der Managergehälter vor. Zwar wurde der Antrag der Fraktion Die Linke nicht beschlossen, dafür aber sinngemäß die gleichen Inhalte. Der Antrag auf Deckelung der Managergehälter wurde auf der Märzsession des Stadtrates noch abgelehnt. Wenige Tage später begann eine hitzige Diskussion über das Gehalt von KVB-Chef Reinarz, seines Zeichens auch Chef der Kölner CDU. Nachdem die Diskussion über vollkommen überhöhte Pensionsansprüche für Manager der städtischen Gesellschaften von Die Linke. Köln angestoßen wurde, mussten die etablierten Parteien im Rat handeln. Im Moment holt die Verwaltung eine gutachterliche Stellungnahme ein, wie die Versorgungsregelungen in vergleichbaren kommunalen Unternehmen bzw. der freien Wirtschaft sind. Nach deren Auswertung soll die Verwaltung einen Vorschlag für eine einheitliche Regelung in allen städtischen Unternehmen machen. SPD, Grüne und Die Linke. sind sich einig, dass die Versorgungsbezüge von den Managern weitgehend selber zu tragen sind. Das wird CDU und FDP schlussendlich davon abhalten, einer gemeinsamen Regelung zuzustimmen.

Jörg Detjen, Platzjabbeck 4/2008

Widerstand gegen RWE-Wasserpläne: HAMBURG (dpa-AFX). Der RWE-Konzern stößt mit seinen Plänen zum Aufbau eines bundesweiten Wasserversorgers auf Widerstand. Besonders das Vorhaben, den nordrhein-westfälischen Branchenführer Gelsenwasser zu integrieren, lehnen die betroffenen Kommunen entschieden ab. Gelsenwasser gehört zu 93 Prozent den Stadtwerken Bochum und Dortmund, weitere fünf Prozent halten Gelsenkirchen und Herne. Mit dem Aufbau eines neuen Wasserkonzerns, der vom Ruhrgebiet aus in ganz Deutschland und darüber hinaus wachsen könnte, würde RWE auf ein Konzept zurückgreifen, das der Konzern bereits vor

Jahren geprüft und dann verworfen hatte. Anders als das Strom- und Gasgeschäft sind Wasserver- und -entsorgung nicht staatlich reguliert. Zudem ist der deutsche Wassermarkt noch sehr regional strukturiert. Entsprechend positiv bewertet RWE die Chancen für eine Konsolidierung. RWE will in Deutschland künftig überall dort Wasser anbieten, wo der Konzern bereits Strom und Gas liefert. Ein Modell für die künftige Arbeitsteilung hat der Konzern bereits zur Hand: „Die Städte könnten das Geschäft in der Region betreiben mit der Verantwortlichkeit für Strom, Gas und Wasser“, sagte Heinz-Werner Ufer, Chef von RWE Energy, der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. „Alle darüber hinaus bestehenden Wasseraktivitäten der Städte über ihre Beteiligung an Gelsenwasser zusammen mit den RWE-Wasseraktivitäten könnten wir bündeln.“ Diesen Vorschlag werteten die Stadtwerke als „Provokation“. Sie hätten längst beschlossen, das Geschäft selbst auszubauen.

www.meinepolitik.de

Rückgang der Gewerbesteuer: Köln/BERLIN. Der Anstieg der vergangenen Jahre bei den kommunalen Steuereinnahmen hält in diesem Jahr nicht weiter an. 2008 und 2009 sind gegenüber dem Stand von 2007 Rückgänge der Gewerbesteuer zu erwarten. Die Finanzlage der Städte bleibe sehr un-



terschiedlich, so Hauptgeschäftsführer Articus. Während die einen inzwischen wieder verstärkt investierten und Schulden tilgen, befänden sich viele andere Städte nach wie vor in einer angespannten Lage mit hohen Defiziten und Kassenkrediten zur Finanzierung laufender Ausgaben. Für die Gewerbesteuereinnahmen sagen die Steuerschätzer für 2008 einen Rückgang um 7,7 Prozent – das entspricht 2,5 Milliarden Euro – auf 30,6 Milliarden Euro voraus. 2009 wird ein leichter Wiederanstieg auf 31,7 Milli-

arden Euro erwartet, doch bleiben die Gewerbesteuereinnahmen auch dann unter dem Niveau von 33,1 Milliarden Euro in 2007. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird sich 2008 voraussichtlich auf 27,3 Milliarden Euro belaufen. Das entspricht einem Zuwachs um 9,7 Prozent. 2009 wird ein Anstieg auf 27,8 Milliarden Euro erwartet. Die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt werden nach der Prognose der Steuerschätzer 2008 gegenüber dem Vorjahr stabil bleiben und bei 72,6 Milliarden Euro liegen. 2009 wird ein Anstieg um 2,8 Prozent auf 74,6 Milliarden Euro erwartet.

www.staedtetag.de

Difu-Studie zum kommunalen Investitionsbedarf: BERLIN. Seit 1992 war die kommunale Investitionstätigkeit der Kommunen nahezu kontinuierlich rückläufig, erst seit kurzem steigt sie wieder leicht an. In verschiedenen Bereichen ist jedoch noch ein Investitionsrückstand festzustellen. Wie hoch dieser ist und welche Investitionsausgaben künftig notwendig sein werden, ermittelte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einer Studie zum kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020, die im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Hauptverband der Deutschen

Bauindustrie e.V. und dem Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. gefördert wurde. Schätzungen wurden für eine Reihe kommunaler Infrastrukturbereiche – darunter die „großen Bereiche“ wie Straßen, Abwasserbeseitigung und Schulen – getrennt vorgenommen, wobei nach neuen und alten Bundesländern unterschieden wurde. Für die Jahre 2006 bis 2020 wurde insgesamt ein kommunaler Investitionsbedarf von 704 Mrd. Euro ermittelt. Dies entspricht jährlichen Investitionen in Höhe von etwa 47 Mrd. Euro (pro Kopf sind das in den alten Bundesländern 8.309 Euro; in den neuen Bundesländern und Berlin 9.439 Euro). Im Vergleich: 2005 wurde ein Investitionsvolumen von rund 40 Mrd. Euro erreicht. Bei einer Betrachtung der untersuchten Infrastrukturbereiche zeigt sich der größte Investitionsbedarf bei Straßen (162 Mrd. Euro), bei Schulen (73 Mrd. Euro) und bei der kommunalen Abwasserbeseitigung (58 Mrd. Euro). Die komplette Difu-Studie mit einer Vielzahl von Einzeldaten und weiterführenden Informationen wird voraussichtlich im Juni 2008 in der Reihe „Edition Difu“ veröffentlicht. www.difu.de/

(Zusammenstellung: ulj)

„Strategic Unionism“

An der Universität Jena hat sich eine Forschergruppe zusammengefunden, um sich systematisch mit strategischen Handlungsperspektiven der Gewerkschaften zu befassen. Im Mai 2007 wurde ein Forschungsbericht vorgelegt, der ein umfassendes Forschungsprogramm begründen soll. Der Bericht ist mittlerweile vom VS-Verlag als Buch publiziert worden.

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Krise der Gewerkschaften gehen die Autoren der Fragen nach, welche strategischen Handlungsoptionen nach. Der etablierten Forschung zu industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik werfen sie vor, kaum Untersuchungen zu explizit gewerkschaftlichen Organisationskonzepten und Handlungsstrategien zu liefern. „Bei der Suche nach geeigneten Forschungsansätzen, die eine wissenschaftliche Bearbeitung dieser Frage ermöglichen, stoßen wir auf ein interessantes Phänomen. Entsprechende Ansätze werden dort, wo die Krise der Gewerkschaften am weitesten fortgeschritten ist, also im angelsächsischen Sprachraum und in Ländern wie Frankreich, unter dem Label Strategic Unionism intensiv diskutiert. Im wissenschaftlichen Fokus sind Praktiken von Gewerkschaften oder einzelnen Gewerkschaftsgliederungen, denen ein innovatives Potential zugeschrieben wird. Organizing, Social Movement Unionism, Campaigning oder Coalition Building lauten einige markante Stichworte, unter denen diese Debatte geführt wird. Erstaun-

lich ist: In den USA hat diese Diskussion längst die einschlägigen referierten Fachzeitschriften erreicht.“

Tatsächlich sind im weltweiten Vergleich, aber auch im europäischen, die Konzepte, Erfahrungen und Erfolge der Gewerkschaften bezüglich ihrer Mobilisierungsfähigkeit und ihrer institutionellen Verankerung sehr differenziert. Während beispielsweise die französischen Gewerkschaften von 1970 bis 2003 insgesamt 47% ihrer Mitglieder verloren haben, legten die belgischen in der gleichen Zeit um 50% zu. Auch in jüngerer Zeit setzt sich diese Ungleichzeitigkeit fort. So verzeichnen die Schweizer Gewerkschaften Erfolge bei der Organisation von Wanderarbeitern und Migranten und haben insgesamt steigende Mitgliederzahlen, während in Nachbarländern der Trend weiter nach unten zeigt. Dabei finden die Erfolge oder auch Misserfolge in ganz verschiedenen Segmenten der Lohnarbeit statt. Letztlich geht die Wissenschaftlergruppe „davon aus, dass die Gewerkschaften trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine strategische Wahl besitzen. Sie verfügen über Handlungsoptionen und sind potenziell in der Lage, sich auf einen transformierten Kapitalismus einzustellen. Angesichts erodierender Institutionen setzt eine Erneuerung freilich Lernprozesse jenseits ausgetretener Pfade voraus.“

In der Bundesrepublik haben die politischen und ökonomischen Veränderungen zur Erosion der „sozialstaatlich regulierten Lohnarbeit als gigantischer gesellschaftlicher Integrationsmaschine geführt“. Die Robustheit der institutionellen Eingebundenheit der deutschen Gewerkschaften solle nicht überschätzt werden. Als Ergebnis der Veränderungen wird auch einem Typus von Funktionär der Boden entzogen, der in diesem Institutionengefüge als Repräsentant auftrat. Folge: „Gestörte Beziehungen zwischen Repräsentierten und Repräsentanten“. Fazit:

neue Konzepte müssen sich mit Partizipation auseinandersetzen.

Leider findet im theoretischen Teil des Buches kein Bezug auf die Arbeitsbeziehungen im Produktionsprozess selbst statt. Wie und in welche Richtungen sich die Stellung der Arbeitskraft im Produktionsprozess verändert, ob technologische oder arbeitsorganisatorische Veränderungen zu erwarten sind, die Rückwirkungen auf die Arbeitsbeziehungen haben können, wie sich Berufsanforderungen und Arbeitsbedingungen im allgemeinen verändern, wie Systemzwänge und Freiheitsgrade für die Arbeitskraft im Arbeitsprozess verändern und damit auch die Kooperationsformen beeinflussen und wie sich Gewerkschaften gegenüber Menschen mit solchen Erfahrungen präsentieren können.

Um die Bandbreite der gewerkschaftlichen Daseinsformen und ihren strategischen Entscheidungen für mögliche Revitalisierungsstrategien darzustellen, präsentieren die Autoren in einem Teil ihres Forschungsberichtes ganz unterschiedliche Erfahrungen aus vier Ländern: Österreich, USA, Südkorea, Südafrika. Fazit des Teils ist, dass sich ungleiche Entwicklungen abzeichnen, aber durchaus auch neue Arbeiterbewegungen und neue gewerkschaftliche Organisationsmacht entstehen.

Der folgende Teil der Publikation ist sehr illustrativ und blättert die Bandbreite von Problemen, Konstellationen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit auf. Er ist auf die sogenannten Konzepte des „Organizing“ fokussiert. Der Begriff ist allerdings eine Art Sammelbezeichnung unter der sich verschiedenstes subsumiert.

Z. B. die Justice for Janitors-Campaigne in den USA, in denen Gewerk-

Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms: Autoren: Brinkmann, Ulrich u.a.; VS-Verlag 2008. ISBN: 978-3-531-15782-5

Armutsbericht: DGB fordert Sofortprogramm gegen Armut

BERLIN. Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland größer geworden ist und das Armutsrisiko bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Dazu sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach am 26.5.2008 in Berlin:

„... Die Arbeitsmarktreformen haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit in Armut leben müssen. ... inzwischen (sind) knapp sieben Millionen Hartz-IV-Empfänger auf Fürsorgeleistungen in Höhe des Existenzminimums angewiesen, davon sind 2,7 Millionen arbeitslos und 2,3 Millionen minderjährig. Das Armuts- und Ungerechtigkeitsproblem

in Deutschland betrifft längst auch die Mittelschicht. Der DGB fordert ein Sofortprogramm gegen Armut. Dazu gehören:

1. Offensive gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung durch Mindestlöhne von nicht unter 7,50 Euro pro Stunde, Förderung regulärer Arbeitsplätze, Rücknahme der Zumutbarkeitsverschärfung für Arbeitslose und Tariftreuerregelungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe.
2. Steuerpolitik nach Leistungsfähigkeit durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, der ab einem höheren Einkommen als bisher greifen muss, eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen und die An-

hebung der Besteuerung leistungsloser Einkommen aus Vermögen und Erbschaften.

Wichtig ist dabei auch der Kampf gegen die Steuerhinterziehung: Jährlich werden hierzulande mehr als 80 Mrd. Euro an Steuern hinterzogen.

3. Investitionen in Bildung.
4. Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten.
5. Armutsfeste Sozialleistungen, die den Absturz in Hartz-IV-Bedürftigkeit vermeiden. Gleichzeitig müssen die Hartz-IV-Regelsätze armutsfest gemacht werden, d.h. mindestens die Preissteigerung seit 2003 in Höhe von acht Prozent muss ausgeglichen werden.“

<http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/positionen/armutsbericht.pdf>

schaften Bündnisse untereinander und mit Gemeinwesenorganisationen eingegangen sind. Oder der Ansatz umfassender oder verstehender Kampagnen, in denen die Gewerkschaften in einem ersten Schritt eine genaue Untersuchung des zu beackernden Feldes, teils in Kooperation mit Wissenschaftlern, durchführen und dann ihre Aktionen starten. Illustriert wird beispielsweise, wie die amerikanische CWA (Communication Workers of America) nach der Zerschlagung des Telefonmonopolisten AT&T und nachfolgenden dramatischen Mitgliederverlusten sowohl ihre Tarifverhandlungsstrategien als auch die Einbindung der Mitglieder auf den Kopf stellten. Die Auseinandersetzungen wurden zur öffentlichen Angelegenheit gemacht und die Mitglieder fanden sich in einer aktiven Rolle wieder.

Im letzten Teil des Berichtes wird die Frage aufgeworfen, ob Organizing ein Thema für die deutschen Gewerkschaften sei. Auf jeden Fall sprechen sich die Autoren gegen naive „Best-Practice“-Strategien aus. Entsprechend werden im Literaturbericht auch Beispiele dokumentiert, wie Gewerkschaften in verschiedenen Ländern bei der Übernahme US-amerikanischer Organizing-Strategien (teils unter Anleitung US-amerikanischer Gewerkschafter) scheiterten.

Als ein erstes Beispiel für die Bundesrepublik wird die Schlecker-Kampagne der HBV angeführt, die im Ergebnis zu über 100 Betriebsräten in dem Unternehmen führte.

1999 rief der Hauptvorstand der damaligen DPG das Projekt „Call Center“ mit eigenen Ressourcen ins Leben. Es sollte die Strukturen Betriebsrat und Tarifvertrag in der sich wandelnden Branche des Telekommunikationssektors sichern bzw. neu zu etablieren. Mitgliederwerbung wurde zwar in den Vordergrund gestellt, das Verhältnis zwischen Organisation und Mitglied bzw. potentiellen Mitglied blieb jedoch

unberührt. Letztlich „repräsentierte“ die Kampagne eher die modifizierte Form der etablierten und routinisierten Praktiken. Verdi stellte das Projekt 2003 ein, ohne das nennenswerte Erfolge erzielt wurde.

Dann wird die Lidl-Kampagne beschrieben. Hier wurde mit externen Bündnispartnern gearbeitet und auch die tradierten Rollenverteilung zwischen Organisation und Mitglied überwunden. Ein eingerichteter Web-Blog zählte bis Frühjahr 2005 über 160.000 Nutzer. Im Zentrum der Kampagne stand nicht die Mitgliederwerbung sondern Betriebsratsgründungen. Gleichwohl, Mitgliederzuwächse stellten sich ein. Auf der anderen Seite ist es nur zu wenigen BR-Gründungen gekommen.

Im Weiteren werden Kämpfe um Sozialtarifverträge, die (betriebsverfassungsrechtlich basierte) stärkere Beteiligung der Beschäftigten auf Betriebsebene und die Organisation von prekär Beschäftigten exemplarisch als neue Gewerkschaftspraktiken diskutiert. Als Fazit sehen die Forscher ausreichend Stoff und Grund für eine Art „Aktionsforschung neuen Typs“ zu argumentieren. Anknüpfend an frühere industriesoziologische Studien soll dabei dem Wandel der organisierten Arbeitsbeziehungen und der Praxisformen nachgegangen werden. Dazu hätte eine systematische gewerkschaftliche Empirie sicher nützliche Beiträge zu liefern. Der Ansatz ist auch interessant, weil er keine Anbiederung an die Gewerkschaften ausstrahlt, sondern eher nach Möglichkeiten für Partizipation und Emanzipation des Einzelnen fragt. – Es bleibt Lektüre einer sozialwissenschaftlichen Abhandlung, aber eine spannende. Und: die Illustration der Beispiele als auch die Länderberichte geben einen recht lebendigen Eindruck gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, die tatsächlich stattfinden. rog

Arbeitgeber gegen Verlängerung der Altersteilzeit.

FAZ, Mi. 7.5.08. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Altersteilzeit die Chancen Erwerbsloser auf einen Arbeitsplatz nicht erhöhe, sondern vor allem von großen Unternehmen und dem öffentlichen Dienst für Personalabbau genutzt werde, schreibt der Generalsekretär des ZDH (Handwerk), H-E. Schleyer, in einem Brief an die Regierungsfractionen. Der Hautgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, U. Bocker, fordert angesichts der demographischen Entwicklung einen „Mentalitätswandel in Richtung längere Lebensarbeitszeit“.

Wirtschaftsverbände für Steuerentlastung. FAZ, Die. 13.5.08.

In der steuerpolitischen Diskussion fordern die Präsidenten der vier Spitzenverbände BDI (Industrie), BDA (Arbeitgeber), DIHK (Kammern) und ZDH (Handwerk) eine Entlastung der Beschäftigten. Sobald sich bei der Konsolidierung des Gesamtwirtschafts Spielräume ergäben, müsse man diese nutzen, um die Leistungsträger zu entlasten. Die Mittelschicht, die den Wohlstand erwirtschaftete, dürfe nicht durch einen überzogenen Zugriff des Staates immer stärker zur Kasse gebeten werden. Gewinner des Aufschwungs sei der Staat. Von 2004 bis 2007 habe er 91 Milliarden Euro mehr eingenommen. Die Arbeitnehmer hätten trotz Lohnzuwächsen nur 18 Milliarden Euro mehr bekommen.

Ausbildungsbetriebe wollen gute Schulbildung statt Zuschüsse. FAZ, Mi. 21.5.08.

„Der Ausbildungsbonus ist Geldverschwendung“ sagt L.G. Braun, DIHK-Präsident. Viele Unternehmen planen ohnehin, ihr Ausbildungsangebot zu vergrößern, diese nehmen dann den Bonus mit. Zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen so aber nicht.“ Wichtiger als solche kostspieligen Finanzspritzen wäre eine gezielte Unterstützung in der Ausbildung, etwa durch eine sozialpädagogische Betreuung. Der Ausbildungsbonus gehört zur 2007 verabschiedeten Qualifizierungsoffensive der Regierung, die dem Mangel an Fachkräften vorbeugen und die Integration schlecht qualifizierter Jugendlicher in das duale System fördern soll. Die Kosten des Programms werden auf ca. 450 Mio Euro beziffert. Mit Hilfe des Bonus sollen bis 2010 etwa 100 000 zusätzliche Lehrstellen entstehen. Eine Umfrage des DIHK zeigt, dass es nicht mehr so sehr an Lehrstellen mangelt, sondern an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern. 15% der Unternehmen konnten 2007 nicht alle Plätze besetzen. Der wichtigste Grund war, dass keine geeigneten Bewerbungen vorlagen.

Presseauswertung: rst

Nationale Armutskonferenz tagte am 28. Mai

FRANKFURT AM MAIN/BERLIN. Auf ihrer Delegiertenkonferenz hat die Nationale Armutskonferenz einen Beschluss zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gefasst. Zur Bekämpfung von Armut werden vor allem Anpassungen beim Existenzminimum von Kindern, Lernmittelfreiheit und finanzierbares beziehungsweise kostenloses Schulesen gefordert. Auch für Erwachsene müsse der Regelsatz mindestens an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden und gesellschaftliche Integration sicherstellen.

Die Arbeitsmarktreformen seien im Blick auf eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen zu verbessern. Nötig sei zudem ein Mindestlohn, der

den Menschen armutsfeste Löhne sichere. Die Delegierten riefen bei ihrem Treffen in Berlin weiter dazu, dem Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auch in Deutschland einen hohen Stellenwert zu geben. Die Beteiligung der Menschen, die von Armut betroffen sind, müsse dabei ein wichtiges Anliegen sein. Die Delegiertenkonferenz bestätigte den Vorsitzenden des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau Pfarrer Dr. Wolfgang Gern im Sprecheramt. Erika Biehn von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen wurde erneut zu seiner Stellvertreterin gewählt. www.nationale-armutskonferenz.de

Hier der Text des Parteitagebschlusses zur Familienpolitik vollständig. Mehr zum Parteitag – Bericht von Wolfgang Freye und Interview mit Cornelia Hildebrandt – auf den Seiten 7 bzw. 8 dieser Ausgabe.

Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei Die Linke

Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus

In der politischen Debatte der Bundesrepublik haben Fragen der Familienpolitik und der Kinderbetreuung derzeit Hochkonjunktur, angestoßen sowohl durch die erschreckenden Untersuchungsergebnisse zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungszugang von Kindern und Jugendlichen als auch durch das gewachsene Bedürfnis von Frauen nach Erwerbstätigkeit und Eigenständigkeit. Darauf reagiert die modernisierte Familienpolitik der CDU. Ihre Politik richtet sich vorwiegend an die gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Frauen, die in ihrer Karriere gehandicapt sind und die an der Rückkehr in den Beruf nach der Familienphase scheitern. Die CDU fordert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nimmt aber billigend in Kauf, dass ihre Politik rücksichtslos dazu beiträgt, die arbeitslosen, geringer qualifizierten, armen und älteren Frauen, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt gering sind, abzuhängen. Sie kündigt den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder an, verschlechtert aber nachhaltig die Situation der Familien durch die Streichung des Kindergeldes für die über Fünfundzwanzigjährigen und trägt dazu bei, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, wie nicht zuletzt im jüngsten Armutsbericht dokumentiert.

Aber die CDU erhält Gegenwind aus klerikalen, auch aus neokonservativen eigenen Reihen. Diese antworten mit einer Renaissance der Familie. Sie sprechen innige Gefühle an, Wünsche nach Geborgenheit, Zuwendung, Liebe, Sicherheit, Anerkennung, um ihre rückwärtsgewandte Weltsicht des späten 19. und 20. Jahrhunderts durchzusetzen – als die Familie noch in Ordnung schien und die abendländischen Werte galten. Dafür haben die deutschen Neokonservativen, die zu-

nehmend auch auf europäischer Ebene kooperieren, ein dichtes Netz an familienpolitischen Initiativen, Vereinen, Forschungsinstituten geknüpft. Diese Lobby ist sehr einflussreich. Sie erreicht Massenmedien, Parteien, sie beeinflusst die Politik. Ihre wichtigsten Argumente und Forderungen: Die Familie soll als Keimzelle des Staates und der Gesellschaft in die Lage versetzt werden, die Sorge- und Erziehungsarbeit privat in der Familie zu leisten. Doch dazu sei die Familie immer weniger in der Lage, sie sei benachteiligt, werde ausgebeutet; Kinder bräuchten in den ersten Jahren die häusliche Erziehung, „Fremdbetreuung“ schade ihnen.

Auch Die Linke sieht die Auswirkungen einer unsocialen Politik: Kinder sind ein Armutsrisiko, in Deutschland wächst jedes achte Kind in Armut auf. Altersarmut kehrt zurück. Diese Entwicklungen empören Die Linke. Aber wir ziehen daraus andere Schlussfolgerungen als die Konservativen. Wir entwickeln Alternativen. In der allgemeinen wie in der Familienpolitik will Die Linke eine Adresse sein gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienste – auch für Kinder gibt es eine öffentliche Verantwortung. Für gleiche Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten zu sorgen kann nicht alleine Privatsache der Eltern sein. Wir streiten für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, für Selbstbestimmung und die Gleichstellung der Geschlechter. Diese wollen wir aktiv befördern.

Deshalb stellen wir unmissverständlich unsere Position klar:

■ Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung oder der Form, in der sie zusammenleben. Nicht die Form der Ehe soll steuerlich oder durch Zuwendungen privilegiert, sondern die Rechte aller sollen gestärkt werden, die füreinander Verantwortung tragen.

■ Familien brauchen gesellschaftliche Solidarität. Transferleistungen zur Unterstützung von Familien müssen Hand in Hand gehen mit dem Ausbau eines hochwertigen und elternbeitragsfreien Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebotes für alle Kinder und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.

■ Die Kinderarmut in Deutschland ist dramatisch. Armut ist der größte Risikofaktor für die kindliche Entwicklung. Ihr kann nur begegnet werden, wenn die Armut der Eltern überwunden wird und die öffentlichen Einrichtungen der Erziehung, der Kinder- und Jugendhilfe dazu befä-

higt sind, die strukturelle Benachteiligung armer Kinder auszugleichen. Unabhängig von Erwerbs- und Sozialstatus der Eltern müssen Kinder gleiche Entwicklungschancen erhalten.

■ Die Unterstützung von Familien darf nicht länger an Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus anknüpfen. Familienpolitische Leistungen müssen allen in Deutschland lebenden Kindern und Familien unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt werden, insbesondere Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss.

■ Die Linke fordert eine eigenständige soziale Sicherung für alle Familienangehörigen einschließlich einer eigenen sozialen Grundsicherung für Kinder.

■ Als erster Schritt zu einer individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung sind die bisherigen Instrumente Kindergeld und Kinderzuschlag dringend zu reformieren und den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. In der Sozialgesetzgebung darf der Regelsatz nicht weiterhin einfach vom Bedarf eines Erwachsenen abgeleitet werden. In einen kinderspezifischen Regelsatz müssen die Kosten für gesunde Ernährung, altersgerechte Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme am kulturellen Leben erfasst und abgedeckt werden.

■ Die Linke setzt sich ein für den massiven Ausbau elternbeitragsfreier Ganztags-Angebote in öffentlichen Kitas für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Kinder aller Schichten müssen die Möglichkeit haben, in integrativen Kitas individuell betreut, angeregt und gefördert zu werden. Wir wollen, dass Kinder aller sozialer Schichten gemeinsam spielen und lernen können – mit behinderten und nichtbehinderten Kindern, mit Kindern unterschiedlicher Religionen, mit und ohne Migrationshintergrund.

■ Die Linke verbindet ihre Forderungen zur Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. Kinder lernen am besten von und mit anderen Kindern. Deshalb lehnt Die Linke Vorstellungen ab, die nur oder vor allem auf die häusliche Erziehung von Kindern im Vorschulalter abzielen. Solche Vorstellungen unterdrücken die Rechte der Kinder auf eine öffentlich integrative soziale Vorschulbildung.

■ Die Linke lehnt die Diskreditierung der Kinderkrippen und Kindertagesstätten ab. Behauptungen, sie würden Kindern schaden, gehen vollkommen an der Realität vorbei. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Bedingungen in den Kitas ein.

■ Die Linke fordert den Rechtsan-

spruch auf Ganztagsbetreuung als Recht des Kindes. Sie setzt sich ein für das Recht der Kinder auf gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche vorschulische Bildung. Sie stellt keinen Widerspruch dar zu einem liebevollen Elternhaus, sondern ist eine notwendige Ergänzung, um soziales und kognitives Lernen, Erleben und Gemeinschaft zu ermöglichen. Die derzeit geltenden und noch beabsichtigten gesetzlichen Regelungen zum Rechtsanspruch auf Betreuung bleiben hinter den Erfordernissen zurück, wenn dieser bereits durch einen Halbtagsplatz erfüllt werden kann.

■ Zu einem umfassenden Bildungsanspruch gehören auch ein kostenfreies gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen, der gebührenfreie Zugang von Kindern zu kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen, Sportplätzen.

■ Die Linke unterstützt die Forderungen der Beschäftigten in Kindertagesstätten, insbesondere der ErzieherInnen, nach Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener Bezahlung und guten arbeitsrechtlichen Bedingungen.

■ Die Linke lehnt die Kommerzialisierung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen ab. Öffentliche Bildung und Erziehung sind keine profitorientierten Waren und dürfen deshalb auch nicht dem Markt überlassen werden. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge, auf die alle Kinder und ihre Familien einen Rechtsanspruch haben. Darum richtet sich die Kritik der Linken auf den Versuch der Bundesregierung, mit dem derzeit in der parlamentarischen Debatte befindlichen Kinderförderungsgesetz, das Gemeinnützigkeitsprinzip in der Jugendhilfe aufzukündigen und auch für gewinnorientierte Träger von Kinderbetreuung den Weg an die Fördertöpfe der öffentlichen Hand zu ebnet.

■ Die Linke setzt sich ein für einen Ausbau der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und der Hilfe für Frauen. An Maßnahmen und Personal dafür ist in den letzten Jahren verantwortungslos gespart worden. Ehe neue Instanzen geschaffen werden, kommt es für Die Linke darauf an, dieses gewachsene Netz aus staatlichen, kommunalen, gesellschaftlichen, Organisationen der Selbsthilfe und freien Trägern zu stärken und wo nötig zu verändern.

■ Die Linke lehnt familienpolitische Vorstellungen ab, nach denen die Mutter oder der Vater nur oder überwiegend „Haus- und Erziehungsarbeit“

leisten soll. Beide haben vielmehr das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit und Zeit für die Familie. Das gemeinsame Leben in der Familie, die Organisation des eigenen Haushaltes und das Sorgen für PartnerInnen und Kinder sind keine Erwerbsarbeit und sollen auch keine werden.

■ Die Linke lehnt darum ein von unterschiedlichen konservativen Kreisen und auch vom Landesvorstand Saarland gefordertes Erziehungsgehalt oder andere Formen eines Lohns für Hausarbeit ebenso ab wie die im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltene Prämie für die Nichtinanspruchnahme öffentlicher Kinderbetreuung. Solche Vorhaben schränken neben den Rechten der Kinder auch die Rechte der Eltern ein, vor allem den Anspruch von Frauen auf Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Erziehungsgehalt zwingt ärmere Familien (Erwerbslose, Hartz-IV EmpfängerInnen) zur häuslichen Kinderbetreuung zur Aufbesserung des Einkommens und beraubt ärmere Kinder um die Chance auf einen Kita-Besuch.

■ Die Linke setzt sich ein für eine allgemeine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, nicht zuletzt, damit Mütter und Väter, alle Menschen, die füreinander Sorge tragen, ausreichend Zeit in ihren Familien verbringen können.

■ Ziel der Linken ist vielmehr eine grundsätzliche Neubewertung und -verteilung aller Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/gesellschaftliche Arbeit und ein Leben in Kultur, Bildung, Fortbildung, Genuss.

Wir fordern alle Gliederungen und Organe der Partei, Mitglieder und insbesondere Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger der Partei auf, die familienpolitischen Positionen der Linken zu vertreten und sich aktiv an der Kita-Kampagne der Partei zu beteiligen.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand, in der Programmdiskussion einen eigenen Akzent zur Kinder- und Jugendpolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik zu setzen. Er beauftragt den Parteivorstand, eine familienpolitische Konferenz zu organisieren. Dazu sind die Fachleute aus den Fraktionen der Landtage und des Bundestages und die entsprechenden Bundesarbeitsgemeinschaften einzu beziehen.

http://die-linke.de/partei/organe/parteitag/1_parteitag/beschluesse/fuer_eine_emanzipatorische_familienpolitik_der_partei_die_linke/

Herkunft als Kriterium für Zulassung zum Mannschaftssport

Die 6+5-Regel der FIFA

Passend zum Start der Fußball-Europameisterschaft wurde vom Kongress der Internationalen Föderation des Verbandsfußballs FIFA am vergangenen Freitag mit 150 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen bei 40 Enthaltungen eine Resolution zur Einführung der sogenannten „6+5-Regel“ verabschiedet: „Ein Klub muss ein Spiel mit mindestens sechs Spielern beginnen, die für das Nationalteam des Landes des betreffenden Klubs spielberechtigt sind“¹.

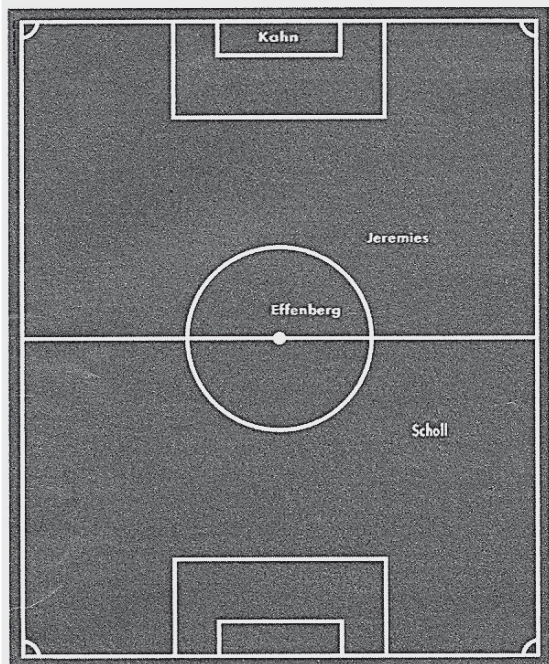
Die Vereinigung der europäischen Fußballverbände UEFA mit Michel Platini an der Spitze hat diese Regel als „völlig illegal“ hinsichtlich Europäischem Recht bewertet. Die EU-Kommission für Arbeitsmarktfragen verurteilt die Regel als vertragsverletzende Diskriminierung (Einschränkung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern wegen deren Nationalität) und will sie mit allen Mitteln stoppen bzw. wenn sie tatsächlich angewandt werden sollte, Verfahren einleiten.

Die Wirkung einer solchen Regel bis hinunter ins Basisvereinsgeschehen wäre verheerend, weil die Frage der Herkunft eines Mannschaftsmitglieds zum Unterscheidungsmerkmal gemacht wird für einen Einsatz im Spielbetrieb. Die Konsequenzen für das Training, die Nachwuchsarbeit, die Behandlung und letztendlich die Ausgrenzung vom Fremden sind leicht voraussehbar.

Die bemühten Gründe, wofür die Regel gut sein soll, wechseln, aber zwei davon stehen im Vordergrund: die Förderung heimischen Nachwuchses und die Begrenzung der Übermacht der Großklubs. Es sei nicht moralisch, „wenn die Großklubs 25 Topspieler kaufen, den anderen wegnehmen und dann horten, weil nur elf spielen können“, lässt sich Blatter im „Handelsblatt“ vom 29. Mai zitieren: der Fußballprofi als Ware, Spieler-Transfer als halber Menschenhandel mit Vertragsarbeitern, die so etwas wie einen Zwangsarbeitstatus haben. Diese gegenwärtige Praxis gefährdet das Fußballsystem an sich, weil die Ausgänge der Wettkämpfe so vorhersehbar werden, die Runden – wie zuletzt in der Bundesliga – mehr und mehr langweilig werden. Als Antwort darauf eine heimische Quote vorzuschreiben, baut indes keine Schranken gegen die Vormacht der reichen Klubs, ▶

► sie verschiebt nur die Koordinaten, die Ungerechtigkeit bleibt. Gerechtere müsste es bei der Auswahl der Spieler zugehen, dann wäre eine Voraussetzung für den Erhalt der Spannung über den Ausgang der Turniere geschaffen.

Das Anwerbeprinzip „Meistermannschaften kommen bei der Anwerbung von Spielern als letzte dran“, wie es im amerikanischen Baseballsport formuliert ist, wäre eine Möglichkeit die Fairness im Sport zu gewährleisten, ohne eine Neiddebatte zu begünstigen.²



Ausländer raus?

„Ohne Menschen aus anderen Kulturen fehlen entscheidende Impulse. Im Sport und in der Wirtschaft. Spieler aus 13 Nationen kämpfen beim Deutschen Rekordmeister. Bei Opel in Deutschland erreichen und bauen Mitarbeiter aus über 40 Ländern Automobile für die ganze Welt. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb setzen wir auch zukünftig auf Vielfalt statt Einfalt.“

Was die Nachwuchsförderung anbetrifft, muss man die Argumentation erst einmal verstehen, die die Funktionäre der FIFA umtreibt: weil Vereine im Ausland Spieler einkaufen könnten, vernachlässigten sie ihre Nachwuchsarbeit. Diese Störung der Rekrutierung aus den eigenen Reihen gefährde auf längere Sicht hin die Sportart grundsätzlich. Dasselbe wurde auch schon in einem heftig umstrittenen Beschluss der Sportministerkonferenz vom November 2002 behauptet, auch dort wurden Ausländeranteile errechnet und Quoten festgelegt.³ Nicht-EU-Ausländer wurden durch Beschluss der Innenministerkonferenz aus den niedrigeren Ligen sogar ganz von der Teilnahme ausgeschlossen⁴. Diese Eingriffe in die Gestaltungshoheit von Klubs und Vereinen mit dem Ziel, sie staatlicherseits in eine Art Untereinheit eines Nationalsports einzubinden, steht in Widerspruch dazu, was Leute in einem Verein zusammenführt: freiwillig im Verbund mit anderen ein Sonderinteresse zu verfolgen, das keinem Erwerbszweck dient.

Staatliche Einmischung in Festlegung des Vereinszwecks oder der Ausgestaltung stellt dabei die Ausnahme, und zwar bei Rechtsbrüchen, dar. Die Tatsache, dass die Ausbildung von Nachwuchs im Sport mittlerweile eine Aufgabe geworden ist, die nur noch von wenigen Vereinen in wenigen Sportarten ohne z.B. Kooperation mit anderen Vereinen oder ohne größere Geldmittel geleistet werden kann, hat vielfältige Gründe. Der Ausländeranteil überhaupt als eine Ursache dafür in dieser Debatte zu verankern, führt aller Er-

Die Bundeszentrale für Politische Bildung, der FC Bayern München und die Adam Opel AG hatten im Dezember 2000 mit diesem Plakat gegen Ausländerfeindlichkeit werben wollen und wurden ausgebremst genau von den Kräften, gegen die sie damit zu Feld ziehen wollten. Schade, dass sie nicht offensiv weitergemacht haben!

Der Text auf dem Plakat lautet: „Ohne Menschen aus anderen Kulturen fehlen entscheidende Impulse. Im Sport und in der Wirtschaft. Spieler aus 13 Nationen kämpfen beim deutschen Rekordmeister. Bei Opel Deutschland entwickeln und bauen Mitarbeiter aus über 40 Ländern Automobile für die ganze Welt. Wir wollen, dass das so bleibt. Deswegen setzen wir auch zukünftig auf Vielfalt statt Einfalt.“

fahrung nach nur dazu, die eigentlichen Ursachen nicht zu benennen, bei denen die im Sport hausgemachten Probleme nicht an letzter Stelle stehen.

Was bleibt also von der 5+6-Regel? Ein Aufrichten von nationalen Grenzen in den Köpfen der Sportler und den Abläufen in den Vereinen sowie eine Bindung von Profisportlern und Vereinen an Herkunft und Territorium und damit eine dem Sport entgegengesetzte Sinngebung. So gesehen, ein Eigentor, FIFA.

Eva Detscher

- 1 (FIFA.com) Freitag 30. Mai 2008 unter „DEFINITION VON 6+5“. Dort heißt es „– Keine Beschränkungen bestehen aber: a) zur Anzahl nicht spielberechtigter Spieler, die ein Klub unter Vertrag nehmen darf, und b) bezüglich Auswechselspieler, um die Trainer keinen Einschränkungen zu unterwerfen, die nicht sportlicher Natur sind (möglicherweise 3+8 am Spielende).“
- 2 John Rawls in „Gerechtigkeit als Fairneß“ über eine Anwerberegel im amerikanischen Baseballsport
- 3 Sportministerkonferenz 28.+29. November 2002 in Saarbrücken
- 4 Beschluss des Innenministeriums A2 – 125 212/5 vom 21.12.2000

Die „Holocaustisierung des Flucht- und Vertreibungsdiskurses“ – Historischer Revisionismus oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Von Eva Hahn und Hans Henning Hahn

Der Text geht zurück auf einen Vortrag, der im Oktober 2006 in Prag bei einem internationalen Workshop mit dem Titel „Historical Revisionism in East Central Europe after 1989“ [Historischer Revisionismus in Ostmitteleuropa nach 1989] gehalten wurde. Hauptorganisator der Tagung war der tschechische Historiker Michal Kopecek, Mitarbeiter des Prager Instituts für Zeitgeschichte. Er ist auch der Herausgeber der Publikation „Past in the Making“ [etwa: „Vergangenheit in der Mache“], die Ende letzten Jahres in Budapest erschien und die Referate der genannten Tagung dokumentiert, darunter die englischsprachige Originalfassung des Beitrags von Eva und Hans Henning Hahn. Wie der Titel des Workshops erkennen lässt, ging es dabei eigentlich um den Umgang mit der Geschichte in anderen Ländern als Deutschland. Wenn dennoch der Beitrag über die Entwicklung des öffentlichen Diskurses über „Flucht und Vertreibung“ in der BRD einen wichtigen Bestandteil des Programms ausmachte, zeigt dies die Bedeutung, die dieser Frage bei unseren östlichen Nachbarn beigemessen wird. Gleichzeitig glauben wir, dass in dem Beitrag Entwicklungslinien aufgezeigt werden, die auch hierzulande selbst interessierten Beobachtern in der Regel noch nicht so bewusst geworden sind. Wir danken Eva und Hans Henning Hahn für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Die DTN-Redaktion

Über die Autoren:

Eva Hahn über sich selbst: „Geborene Pragerin, die sich seit dreißig Jahren als Historikerin in Deutschland mit der Geschichte der deutsch-tschechischen Beziehungen beschäftigt und an keine sogenannten Nationalitätenkonflikte glaubt.“ Lebt und arbeitet in der Nähe von Oldenburg. (<http://www.bohemistik.de/evahahn/>)

Hans Henning Hahn: Professor für Osteuropäische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Besondere Interessen: Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert; Gedenkkultur; Historische Stereotypenforschung. Besondere Vorliebe: Darstellung von Geschichte im historischen Spielfilm. Herausgeber der Buchreihe: Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen (Peter Lang Verlag). <http://www.bohemistik.de/hhhahn/>

Hrg. von der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, verantw.: Renate Hennecke

Zu beziehen über: GNN Verlag Süd GmbH, 70327 Stuttgart, Stubai Str. 2. Fax: 0049-711-621532. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com. Bank: Postbank Stuttgart, Kto-Nr.: 24947704, BLZ: 600 100 70. 24 Seiten DIN A5, Preis: 2 Euro + 0,85 Euro Portokosten. Bei Bestellung bitte 2,85 Euro in Briefmarken beilegen.

Für die Förderung im Rahmen des Projekts „München gegen Münchner Abkommen“ danken wir der Linken München – Politische Gruppe im Stadtrat.



Bild: „Dalai Lama Flugzeug“:
Der Dalai Lama im weltweiten
Einsatz. Hier 2007 bei seiner
Landung in Hamburg

Der Buddhismus – eine Religion für den Westen?

Der im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Tibet entstandene Protest gegen die Volksrepublik China hat in Deutschland erneut eine Welle der Sympathie für dieses „unterdrückte“ Land, den Dalai Lama, sein im Exil lebendes Oberhaupt, und für die buddhistische Religion hervorgerufen. Tibetischer Gottkönig, Friedensnobelpreisträger, Wiedergeburt Buddhas, spirituelle Hoffnung der Sinnsuchenden im Westen:

Die Lehre Buddhas

Der Buddhismus fasst seine Lehre in den „Vier Heiligen Wahrheiten“ zusammen: Die erste Wahrheit sieht die Existenz des Leidens in der Welt als einen Teil des ewigen Flusses der Dinge. Die zweite nennt als den Grund des Leidens den Wunsch und den Durst der Menschen nach Leben. Die dritte Wahrheit offenbart als das einzige Mittel zur Überwindung des Leidens die Unterdrückung dieses Wunsches und das Aufgeben des Begehrens. Die vierte Wahrheit zeigt schließlich die drei Etappen, die zur Überwindung des Leidens führen: Rechtschaffenheit, Meditation und Weisheit.

Der Anhänger Buddhas durchwandert diese Etappen. So kommt er an das Ziel, zum Heil durch das Verlöschen im Nirvâna. Diese Erlösung bedeutet die Überwindung von Hass, Gier und Verblendung. Es bedeutet Freisein von der Verstrickung in die eigenen Taten. Nur wer diesem Weg folgt, kann das Leiden überwinden. Nur so wird ein stets wiederkehrendes neues Karma, die ewige Folge von guten wie bösen Taten, vermieden und nur so entgeht der Mensch dem Rad der ständigen Wiedergeburt.

„Wer ist der Mann, den die meisten Deutschen, noch vor ihrem Papst Benedikt XVI als Vorbild nennen ...?“ fragt der „Spiegel“ in Ausgabe 29/2007.

Er beantwortet sich seine Frage selbst in einer Mischung aus religiöser Glorifizierung und Menschlichem-allzu-Menschlichem, indem er Auszüge des Buches von „Spiegel“-Autor Erich Follath mit dem Titel „Das Vermächtnis des Dalai Lama“ abdruckt. Der Dalai Lama

Dabeilässt der Buddhismus die Frage nach einem letzten Urgrund der Welt, einem Schöpfer offen. Er ist gleichgültig gegenüber der Frage nach dem Woher und Wohin unserer Welt, denn er will ja der Wiederkehr enttrinnen: „Wer von einem vergifteten Pfeil getroffen ist, soll sich nicht zuerst nach dem Schützen erkundigen, sondern unverzüglich seine Wunde von einem kundigen Arzt behandeln lassen“, lautet ein Satz des Buddha.

Der Buddhismus ist eine Religion, in der der Gedanke an Götter und Geister nicht vorkommt. Er ist eine „gott-lose“ Religion und eine Moral, die keinen Gott kennt, der den Menschen von sich abhängt macht.

Der Weg des Buddhismus nach Westen

Seit den Berichten des venezianischen Händlers Marco Polo (etwa 1254 bis 1324) fasziniert der ferne Orient die Menschen im Westen. Die frühe Aufklärung, die die Berichte katholischer Missionare wie Matteo Ricci (1552–1610) kannte, idealisierte China und die konfuzianische Gesellschaft als zivilisatorisches Gegenmodell zu Europa: „Durch eine einzigartige Entscheidung des Schicksals ... ist es dazu

sei der „spirituelle Tröster“ und der „Buddha unserer Zeit“, zuständig als „unantastbare höchste moralisch religiöse Instanz“ „für die Grundfragen der Menschheit wie Lebenssinn, Glück, Gerechtigkeit und Frieden“, ja, er sei der „Jesus der Neuzeit“.

Wie sind diese Ausbrüche des Irrationalen zu erklären? Auf welchen Boden fällt die missionarische Aussaat des Buddhismus im Westen?

gekommen, dass die höchste Kultur und die höchste technische Zivilisation der Menschheit heute gleichsam gesammelt sind an zwei äußersten Enden unseres Kontinents, in Europa und in China ..., das gleichsam wie ein Europa des Ostens das entgegen gesetzte Ende der Erde zielt.“ So der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 bis 1716) in „Novissima sinica“, im Jahre 1697. Christian Wolff, sein Schüler, wurde sogar wegen Verbreitung des Atheismus angeklagt, als er 1721 in einer Universitätsrede es wagte, die Moral des Konfuzius mit der des Christentums auf eine Stufe zu stellen. Als China sich aber Anfang des 19. Jahrhunderts den Kolonialmächten verschloss und die europäischen Parolen von Freiheit, Freihandel und freien Märkten in China nicht auf das gewünschte Gehör stießen, änderte sich die Beurteilung Chinas durch den Westen. Sie schlug um in Verachtung und Geringschätzung. Hegel sprach von einer Gesellschaft des ewigen Stillstandes. Später, zu Kaiser Wilhelms II Zeiten, als deutsche Truppen in China standen, kam der Satz von der „gelben Gefahr“ auf.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhundert befassten sich Wissenschaftler und

► Religionsphilosophen anhand jetzt vorliegender Übersetzungen mit den wichtigsten religiösen Originaltexten des Buddhismus.

Dabei blieb bis heute die zentrale Aussage in der Arbeit von Max Weber „Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Band 1: Konfuzianismus und Taoismus.“ (1915) prägend: Der Konfuzianismus stelle das Hindernis für die Modernisierung Chinas dar.

Nach den gesellschaftlichen Erschütterungen des Ersten Weltkrieges begann wiederum eine Suche voll der Hoffnung nach „chinesischer Weisheit“. Man erinnere sich an Hermann Hesses Erfolgsroman „Siddharta“ (1922), symptomatisch für die Sehnsucht nach dem Fernöstlichen. Weithin wurde mystische Selbstversenkung und Meditation nach östlichem Vorbild durch den Bestseller des Grafen Keyserling „Reisetagebuch eines Philosophen“ populär. Er erschien im gleichen Jahr (1919) wie Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ und schien gegen dessen Pessimismus einen festen Halt in den über zweitausendjährigen Lehren des Fernen Ostens zu bieten. Sven Hedin und die Nazis glaubten in Asien, speziell in Tibet, Indizien für eine „ur-arische Besiedlung“ zu finden und die SS entsandte 1939 eine Expedition, der Heinrich Harrer („Sieben Jahre in Tibet“) angehörte. Es ist dieser Heinrich Harrer, der als „Lehrer“ des heutigen Dalai Lama fungierte und in den vierziger Jahren den Grund für dessen Verbundenheit mit Deutschland legte.

Lösungsorientiert: Die ideale Religion für den modernen Westler?

Allerdings erklärt dies alles noch nicht den Boom des Buddhismus in westlichen Ländern, wie er seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu beobachten ist. Offenbar ist seit der Zeit hierzulande buddhistisches Gedankengut in gewissen gesellschaftlichen Schichten auf fruchtbaren Boden gefallen.

Das Milieu der christlichen Kirchen in Ländern wie Deutschland, hat sich – soziologisch gesprochen – stark „verengt“, will sagen: In den letzten vierzig Jahren hat sich die Mitgliedschaft in den Amts-Kirchen mehr als halbiert. In den sonntäglichen Gottesdiensten sitzen längst nicht mehr Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Das Arbeitermilieu fehlt ohnehin; es fehlen die VertreterInnen der technischen Intelligenz und des Bildungsbürgertums. Kirchengang gehört nicht mehr zum Habitus des erfolgsorientierten Mittelschichtlers. Ebenso hat bei der Masse der Jugendlichen kirchliches Gemeindeleben eher ein verstaubtes Image.

„Ausgestorben“ ist Religion in diesem Lande aber ganz und gar nicht. Es war eine Illusion zu glauben, dass Modernisierungsprozesse mit einer Art innerer Notwendigkeit zur Schwächung von Religion auf allen Ebenen führen müssten. Zäh und ausdauernd sind die religiösen Bedürfnisse geblieben; organisiert haben sie sich neu. Dazu gehören wesentlich die zahlreichen evangelikalischen Kirchen im protestantischen Raum. Ebenso aber hat ins Private

abgeglittene esoterische Religiosität hohe Konjunktur. Es gelingt ihnen mit großem Erfolg, die den großen Kirchen entglittenen Milieus anzusprechen und um sich zu sammeln.

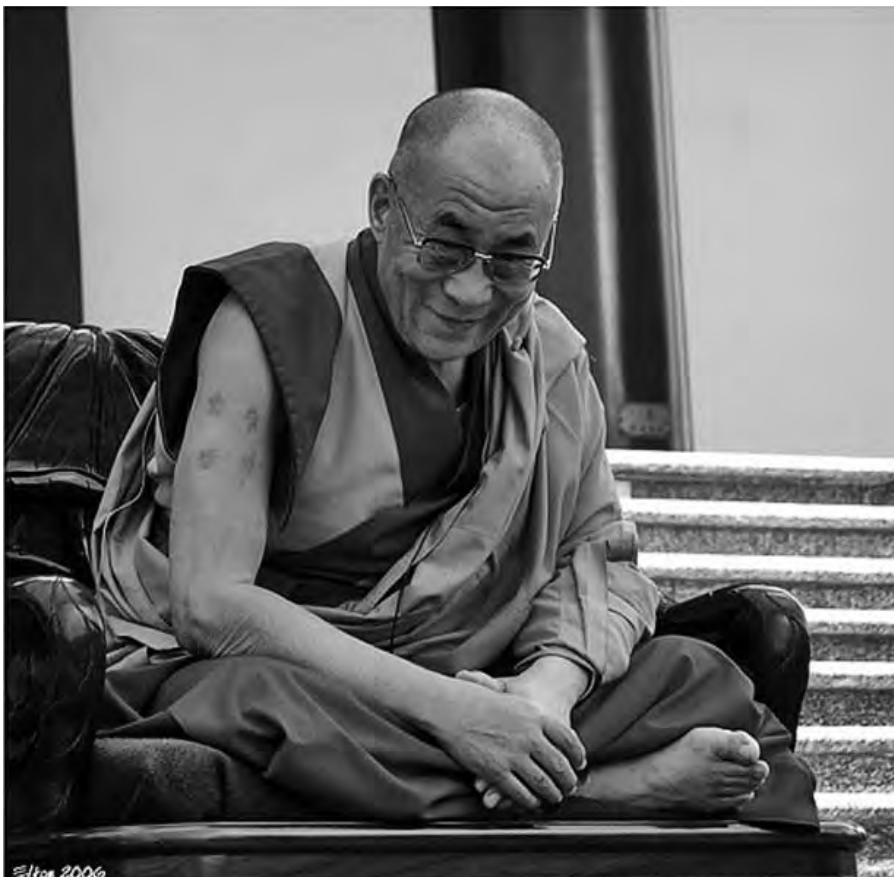
Aber auch hier gibt es große Unterschiede: So sehr diese „freien“ Gemeinden das religiöse Gefühl anzusprechen vermögen, für viele Menschen gibt es gerade dann ein dickes Problem. Christlicher Glaube, in allen seinen Spielarten, erwartet die Anerkennung von „harten“ Glaubensinhalten und daraus folgendes ethisches und moralisches Handeln: Die „Nachfolge Jesu“ hat immer zwei grundlegende Elemente: Einerseits fordert sie moralisch im Sinne des Alten Testaments die Einhaltung der Zehn Gebote. Andererseits erwartet sie das Bekenntnis zu bestimmten Glaubensinhalten des Neuen Testaments.

Damit verlangen sie von ihren Anhängern, bei bestimmten dogmatischen Fragen ihren Verstand auszuschalten: den biblischen Schöpfungsbericht, den Sündenfall, die leibliche Auferstehung Christi, um nur die wichtigsten zu nennen.

Viele Menschen wollen von diesen dogmatischen Vorgaben der christlichen Religionsgemeinschaften nichts mehr hören. Aber die alten bohrenden Fragen sind geblieben: Wie gehe ich um mit dem von mir erfahrenen Leid? Wie mit der erlebten Ungerechtigkeit? Wie mit Krankheit und Tod? Wo finde ich Trost für meine immer wieder schmerzende Seele?

Für Menschen, die diese intellektuelle Schizophrenie, in ihrem Herzen an die Schöpfung in sechs Tagen zu glauben, in der alltäglichen Praxis aber Naturwissenschaft und Technik zu nutzen, nicht mitmachen können, ist der „gott-lose“ Ansatz des Buddhismus interessant: Seinen Anhängern mutet der Buddhismus nicht zu, über das Woher von Sünde und Schuld zu grübeln, und sich auf die lebenslange Suche nach der Gnade eines barmherzigen Gottes zu machen. Geradezu modern und „lösungsorientiert“ wird von Buddha ein Weg gezeigt, der hilft, im Leben zurechtzukommen. Das Nahziel heißt, den Geist zur Ruhe zu bringen, Gelassenheit und Zufriedenheit zu entwickeln. Höchste Erleuchtung zu erlangen, das steht erst ganz am Ende des Weges.

Buddha interessiert sich nicht dafür, woher diese Welt, in der er lebt und leidet, kommt; er nimmt sie als ein Faktum hin. Denn sein ganzes Streben ist darauf gerichtet, aus ihr zu entkommen. Statt zu beten, d. h. sich an ein höheres Wesen zu wenden, um dessen Hilfe zu erbitten, wendet sich der buddhistische Gläubige in der Meditation



„Dalai Lama Lehrer“: Der Dalai Lama als Symbol für Weisheit und Sinnsuche

an sich selbst. Er verneint nicht die Existenz von göttlichen Wesen. Aber er ist ihnen nichts schuldig.

Das Christentum ist ohne die ständige persönliche Gegenwart Gottes und seines Christus nicht denkbar. Dazu dient der gottesdienstliche Kultus, in dem Christus immer wieder neu geopfert wird und die Gemeinschaft der Gläubigen mit ihm kommuniziert.

So erläutert Hans Gruber auf der seriösen Interseite <http://www.buddha-heute.de> den missionarischen Weg des Buddhismus in den Westen: „Authentischer westlicher Buddhismus bedeutet für mich, dass man einerseits den Quellen gegenüber treu ist, aber ebenso adäquate, zeitgemäße Formen entwickelt, um den alten Buddhismus im Westen breit angelegt praktisch zugänglich zu machen. Es ist das Hauptmerkmal der heutigen Entwicklungsphase des Buddhismus im Westen, dass das Praxisinteresse immer stärker wird. In früherer Zeit war es vorrangig ein bloßes intellektuelles Interesse. Heute interessiert vor allem die Meditation. Die meisten Zentren sind Meditationszentren. Dabei spielt natürlich auch die Lehre eine große Rolle, aber stets in Verbindung mit der inneren Praxis.“

Das Geheimnis der „Fünf Tibeter“

Die Zahl der deutschen Buddhisten wird auf rund 130.000 geschätzt. Gemeint sind damit die Menschen, die sich ernsthaft auf den Weg Buddhas einlassen. Der Boom dieser Religion findet wo anders statt. Die große Öffentlichkeit interessiert sich, geleitet von professionellem Marketing, zunehmend für Esoterik- und Wellness. Ganze Abteilungen von Buchhandlungen sind mit sogenannter buddhistischer Literatur unter dem Stichwort „Lebenshilfe“ gefüllt. Tritt der Dalai Lama als Vertreter dieser Religion in der Öffentlichkeit persönlich auf, sind schnell 40.000 Besucher beisammen, die 55 € für eine Tageskarte im Hamburger Tennisstadion ausgeben. Längst gibt es einen buddhistischen Devotionalienhandel, der diese Art religiöser Bedürfnisse kommerziell aufbereitet mit Statuen, Räucherstäbchen, Klangschalen, Meditationskissen, Yogi-Tees und Büchern.

Ein typisches Beispiel, wie Buddhas Lehre für den Westen massenfreundlich als „Lebensstil“ praktisch aufbereitet wird, ist Peter Kelders Buch „Die Fünf Tibeter“. Dieses Buch steht über Jahre auf der „Spiegel“-Bestsellerliste und es wurden allein im deutschsprachigen Raum mehr als 1.3 Millionen Exemplare davon verkauft. Für nur 12,50 € ist dieser Lebensstil im Handel zu haben.

Ein Institut, das mit diesem Buch arbeitet, schreibt dazu: „Wer wünscht sie sich nicht die ewige Jugend? Ein biss-



„Der Buddha“:
Der Buddha weist
den Weg zu Heil

chen was muss man freilich dafür tun. Die erfreuliche Nachricht jedoch: Die fünf Tibeter sind auch für Sportmuffel bestens geeignet! Die einfach durchzuführenden Übungen verlangen einem nicht allzu viel ab und machen dadurch länger Spaß und verhelfen ganz nebenbei dem Körper, auf die gesündeste Weise, einige Kilos abzubauen. Körper und Geist werden in Einklang gebracht. Die fünf Tibeter versprechen uns die Quelle der immerwährenden Jugend zu finden. Das Geheimnis der fünf Tibeter: Es handelt sich um einfache, geniale Bewegungsübungen, welche zurückzuführen sind auf eine uralte fernöstliche Tradition der tibetanischen Mönche. Alles, was wir uns wünschen, können uns diese fünf Übungen schenken. Einen gesunden muskulösen Körper. Gelenkigkeit und ein anmutiges Auftreten bis ins hohe Alter. Schon nach wenigen Tagen werden Sie eine wunderbare Veränderung an sich wahrnehmen. Ihr Gang wird selbstsicherer werden, ihr Alltag sich glücklicher und positiver gestalten. Entspannung und Fitness im Einklang mit Körper und Seele, das versprechen die fünf Tibeter.“

Der Dalai Lama

Dass nicht jede Frau und jeder Mann Lust hat, auf diese Weise sein Leben zu organisieren, liegt auf der Hand. Aber es gibt genügend Menschen, die sich hier angesprochen fühlen, denen das „Spaß“ macht. Soziologen sprechen von fast 10 % der Bevölkerung in Deutschland, die dem sogenannten

„Hedonistischen Milieu“ zuzurechnen sind. Ihnen sind Konventionen ein Gräuel: „Bloß nicht spießig sein“, sagen sie sich. Das wäre eine Todsünde gegen den Geist des Hedonismus. „Freiheit und Spontaneität“ ist gefordert, um das Leben ohne Zwänge genießen zu können. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sie auf angesagte, auch esoterisch-religiöse Modetrends aufspringen: morgens in ihr Horoskop schauen, abends Mandras murmeln und, wenn er kommt, den Dalai Lama toll finden. Tiefer über die Ursachen von Leid nachzudenken, etwa in sozialer und politischer Hinsicht, ist dabei ja nicht gefragt.

Dieser Bezugsgruppe wendet sich der Dalai Lama bei seinen Auftritten in Deutschland zu.

Den Lesern der Bild-Zeitung rät er zum „Glück am Arbeitsplatz“: „Gleichzeitig müssen wir Möglichkeiten finden, in unserem Inneren mit Ungerechtigkeiten zurechtzukommen. Denken Sie nicht weiter an eine Stellung, die man Ihnen nicht gegeben hat. Es wird immer bessere Jobs geben, die Sie nicht haben. Nähren Sie keine Neid- oder Eifersuchsgefühle. Das führt nur dazu, dass Sie noch wütender, noch unzufriedener sind“.

Und als „Ozeans der Weisheit“ neigt er sich verständnisvoll zu den Lesern des „Playboy“: „Wenn ich also Ihren Lesern einen Rat geben darf: Echte Befriedigung und innerer Frieden werden durch mentales Training erreicht und nicht durch äußere Stimulanz.“

Karl-Helmut Lechner

Sommerschule 2008

– bitte anmelden!

Donnerstag, den 14. August bis

Sonntag, den 17. August in Erfurt

Nach den Turbulenzen der Parteifusion und einigen strapaziösen Wahlkämpfen freut sich die ArGe, für die diesjährige Sommerschule in Erfurt wieder drei Kurse anbieten zu können.

Anmeldungen bitte bis 6. Juli 2008 an:

hanne-reiner@onlinehome.de

1. Kurs: Kulturwissenschaften

„Bürgerrechte im Krieg“. Siehe dazu auch den Lesebericht zu Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007 in Politische Berichte Nr. 5/2008

Für die Vorbereitungsgruppe: *Christiane Schneider, (gmn-hamburg@freenet.de), Eva Detscher*

2. Kurs: Wirtschaft

Stadtwerke – Entstehung, Entwicklung, Aussichten und Bedeutung für linke Reformpolitik.

In diesem Kurs wollen wir den Bogen spannen

- von der Entstehung der Stadtwerke im 19ten Jahrhundert, die mit der Entstehung der modernen Gewerbestadt verflochten ist. (Beispiel München)
- weiter zu der tragenden Rolle, die der öffentlich-rechtliche Sektor des Wirtschaftens für die Entwicklung der Privatwirtschaft (Beispiel Berlin)
- hin zu dem Problem der demokratischen Steuerung dieser Einrichtungen. Ein Problem ist, dass die Märkte, auf denen Stadtwerke heutzutage operieren, den mit den politischen Gebietskörperschaften, für die sie tätig sind, bei weitem nicht deckungsgleich sind.

Ein weiterer Punkt, den wir gemeinsam mit Angehörigen der Landtagsfraktion der Linken in Thüringen vorbereiten betrifft die Rolle und die Perspektive öffentlich-rechtlichen Wirtschaftens für die wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Den zeitlichen Ablauf des Kurses und eine Übersicht der Texte, die wir heranziehen wollen, erfolgt an dieser Stelle in der nächsten Ausgabe.

Für die Vorbereitungsgruppe *Martin Fochler (martin.fochler@freenet.de), Rüdiger Lötzer*

3. Kurs: Internationale Politik

1930–1960 – Die Entstehung einer Theorie der Internationalen Beziehungen: die sog. „realistische Schule“.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde als Teil der neu entstehenden Politischen Wissenschaften eine Theorie der Internationalen Beziehungen entwickelt. Untersuchungsobjekt und zugleich Betätigungsfeld der offiziellen und inoffiziellen, staatlichen und halbstaatlichen „Politikberatung“ waren die Nationalstaaten und ihre Politik.

Gegen die gescheiterten „optimistischen Ideen“ des klassischen Liberalismus setzte die neu entstehende „Realistische Schule“ die Forderung nach einer „realistischen“ Sicht von Staat und Gesellschaft.

Ideenbestandteil dieser bis heute einflussreichen Richtung sind:

- Die Staatenwelt befindet sich in einem anarchischen Zustand (Hobbes, „der Mensch ist des Menschen Wolf“).
- Keine darüber stehende Macht kann die Sicherheit einzelner Staaten gewährleisten.
- Das höchste Interesse eines Staates ist das an seinem Überleben.
- Deshalb verfolgen Staaten eine Strategie der Machtmaximierung, die ihr Überleben sichern soll.

Zu den Gründen für bestimmte immer bestehende Interessen eines Staates gehört demnach auch seine „geostrategische“ Lage. Das Verbindet die „Realistische Schule“ mit Konzepten der „Geopolitik“.

Das nach wie vor maßgebliche Buch in der Entwicklung der „Realistischen Schule“ ist Hans J. Morgenthau „Macht und Frieden“ (engl. „Politics among Nations“). Auszüge daraus bilden deshalb auch einen erheblichen Teil des Lektürematerials für den Kurs. Eine Liste mit Literaturangaben zu Entstehungsbedingungen, Kritik und Weiterentwicklung der Realistischen Schule und den Verbindungen zur Geopolitik folgt in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

Für die Vorbereitungsgruppe: *Christoph Cornides*

Allgemeine Informationen:

Die Sommerschule findet vom 14. bis 17. August in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt statt. Beginn am 14. August um 14 Uhr, Ende nach Absprache am Sonntagvormittag. Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachtendrei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstr.4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betrugen zuletzt 26 Euro/Tag und Person. Am Anreisetag wird es ein Abendessen, an den beiden folgenden Tagen jeweils ein Mittagessen geben.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Kommunal	28.9.	5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Baden-Württemb.	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	NRW	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Saarland	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	Juni?	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.?	5 Jahre
	05-07	Thüringen	Kommunal		5 Jahre
	07-09	Thüringen	Landtag		5 Jahre
	09?	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html